

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale

Einzelheft 10 Pf., monatlich 30 Pf., vierteljährlich 1,00 Mk., halbjährlich 1,80 Mk., jährlich 3,40 Mk. (Postgebühren eingeschlossen).
Abbestellungstermin: 1. Oktober. Die 10. Jahrgangszahl ist erschienen.
Verlag: Schlesische Arbeiter-Zeitung, 1000 Breslau, Postfach 1000.
Telefon: 1000. Druck: 1000.

Mit den Gratisbeilagen:
"Der Rote Stern", "Der kommunistische Gewerkschafter", "Rote Hilfe",
"Die Kommunistin", "Der Genossenschaftler", "Tribüne", "Der Jungprolet".
Begründet von Bernhard Schottländer (Marx 1920 ermordet)

Abbestellungstermin: 1. Oktober. Die 10. Jahrgangszahl ist erschienen.
Verlag: Schlesische Arbeiter-Zeitung, 1000 Breslau, Postfach 1000.
Telefon: 1000. Druck: 1000.

Eine neue Provokation der Waldenburger Grubenherren

Waldenburg, 17. November.

Nach dem Vorfall des Schiedsrichters für Niederschlesien, des akademischen Oberpräsidenten Dr. Philipp, ist am Montag durch einen Schiedspruch entschieden worden, daß auf die Effektivlöhne des Monats August ab 1. November eine bedeutende Lohnsenkung festgesetzt wird. Das durch den Schiedspruch festgesetzte Lohnabkommen soll bis Ende Februar 1926 unantastbare Geltung haben. Der Schiedspruch wurde von den Unternehmern nach der Verhandlung abgelehnt und als untragbar bezeichnet.

Zu dieser Meldung wird uns von einem Bergmann folgendes geschrieben:

Praktisch bedeutet dieser Schiedspruch die Verlängerung des Zustandes, wie er im September und Oktober bestanden hat. Die tatsächlich zur Auszahlung gelangte Lohnsenkung im Oktober betrug auf den Oberlohnkongern angeschlossenen Gruben für Hauer pro Schicht 19 Pfg., für Schlepper 13 Pfg., für Frauen und Jungmänner 10 Pfg. Auf den Fürstentümer Gruben betrug diese im Durchschnitt pro Schicht 17 Pfg. Auf der Melchiorgrube haben die Löhne der Bergarbeiter keine Erhöhung erfahren; lediglich die Zimmerhauer haben 4 Pfg. pro Schicht nachgezahlt bekommen. Hand in Hand mit dieser minimalen Lohnsenkung nahmen die Grubenbesitzer eine Herabsetzung der Arbeitszeit vor.

Dieser Schiedspruch sollen die Bergarbeiter auch für die kommenden Monate nur Beteiligungs- als Lohnzulage erhalten. Für die hungernden Bergarbeiter kann daher nur die Ablehnung des Schiedspruches in Frage kommen. Sie haben in den letzten Wochen am eigenen Leibe erfahren, wie die sogenannte Lohnsenkung sich praktisch auswirkt. Die Kampfsparole für alle Waldenburger Kumpels muß daher lauten:

Kampf mit der dreifachprozentigen Lohnsenkung auf die Effektivlöhne vom August.

Wenn die Unternehmer die bisher gezahlten Löhne als untragbar bezeichnen und den Schiedspruch ablehnen, so zeigen sie mit diesem Verhalten, daß sie trotz der ihnen mit Hilfe der Sozialdemokratie erwirkten Steuererleichterung und der ihnen zugewiesenen Staatskredite, an dem Abbau der Löhne, nie von ihnen bereits seit Monaten propagiert wird, festhalten. Die Ablehnung des Schiedspruches durch die Unternehmer rechtfertigt aufs neue die Haltung der Kommunistischen Partei im Preussischen Landtag. Sie zeigt den Waldenburger Bergarbeitern wiederum, daß die bisher von den Führern des Bergarbeiterverbandes geübte Taktik, des Jauderns, des Jerns und Nachgebens, die Unternehmer zu immer frecherem Vorgehen ermuntert.

Als kürzlich im BZB eine 20-prozentige Beitragserhöhung unter Berufung auf die 7-prozentige Lohnsenkung durchgeführt wurde, lehnten wir Kommunisten uns für die Durchführung dieses Beschlusses energisch entgegen. In der Erkenntnis, daß zu einer erhöhten Kampfbereitschaft auch die finanzielle Stärkung des Verbandes gehört, muß aber müssen die Kumpels die Führer des BZB endlich dazu zwingen, ihre Taktik aufzugeben und ihre eigene im Frühjahr aufgestellte Forderung nach der 30-prozentigen Lohnsenkung aufrechtzuerhalten und durchzuführen.

Die neue Provokation der Unternehmer muß zu einer erweiterten Kampfbasis der Bergarbeiter führen. Auch in Oberschlesien haben die Unternehmer einen Schiedspruch abgelehnt und einen vertragslosen Zustand herbeigeführt. Die nieder- und ober-schlesischen Bergarbeiter müssen daher ihre Führer zwingen, endlich den Grubenherren eine geschlossene Front der Arbeiter von Beuthen bis Waldenburg entgegenzustellen.

Für gemeinsamen Kampf gegen die Unternehmer

Ein Angebot der KPD. Sachsis an die SPD.

(Sig. Draht.) Dresden, 17. November.

Der Landesvorstand Sachsen der KPD faßte am Sonntag den Beschluß, angesichts des immer stärker auftretenden Willens der proletarischen Massen zum gemeinsamen Kampf gegen die die Vorherrschaft der Unternehmer, dem Landesausch Sachsen der SPD, der in Sachsen unter linker Führung steht, einen Vorschlag dahingehend zu machen, die kommunistisch-sozialdemokratische Mehrheit des sächsischen Landtages zu einer gemeinsamen Abrede im Interesse des Proletariats auszuwirken. Der Landesvorstand der KPD schlägt vor, daß beide Fraktionen beim Zusammentritt des sächsischen Landtages eine Reihe dringender Forderungen

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, Unterbrechung der Kurzarbeiter, Unterstützung für Interaktion erfinden, Vollkommene für proletarische politische Gefangene.

gemeinsam durchsetzen sollen. Der Vorschlag läßt sich darauf, daß sächsische KPD-Führer, wie Hermann Fleischer, nach den Berliner Wahlergebnissen ausdrücklich den erstbesten Versuch zur Verständigung innerhalb der Linken, in der SPD, diese Forderungen propagiert haben. Nach Durchführung dieser dringenden Arbeitserfordernisse schlägt die KPD die Auflösung des Landtages und sofortige Neuwahlen vor, da nach der Berliner Resultate jetzt unabweisbar eine kommunistisch-sozialdemokratische Mehrheit aus den Neuwahlen hervorgehen würde. Der Landesvorstand der KPD wendet sich in einem Aufruf an die Parteigenossen und die linken sozialdemokratischen Arbeiter sowie an die freien Gewerkschaften, daß sie die Forderungen und deren sofortige Durchführung überall nachdrücklich unterstützen sollen. Er fordert schärfsten Kampf gegen die kapitalistische Koalitionspolitik, welche die 23 Rechte gegen den Willen der proletarischen Mehrheit Sachsen zusammen mit der Einheitspartei betreiben.

Rakosi kommt vor ein ordentliches Gericht

Ein Erfolg der Proteste der Arbeiterklasse

(Sig. Draht.) Wien, 17. November.

Im Prozeß gegen Mathias Rakosi und Genossen erklärte der Präsident des Standgerichts Panger: Das Gericht erachte die Anwendung des standrechtlichen Verfahrens nicht als zulässig und überwies den Prozeß den ordentlichen Gerichten.

Diese Erklärung des Vorsitzenden des Standgerichts ist ein Erfolg des Proteststurm des internationalen Proletariats.

Trotzdem ist die Gefahr für Rakosi noch nicht beseitigt. Auch die „ordentlichen Gerichte“ in Horthy-Ungarn stehen wie die Klassenjustiz aller Länder in Dienst und Sold der Bourgeoisie und werden versuchen, Rakosi auf legale Weise unschädlich zu machen.

Sieg der Kommunisten in der Tscheco-Slowakei

Katastrophaler Rückgang der Sozialdemokraten

(Sig. Draht.) Prag, 17. November.

Die Meldungen über einen vollen kommunistischen Sieg bei den Parlaments- und Senatswahlen bestätigten sich. Die KPD ist die zweitstärkste Partei, die stärkste proletarische Partei geworden. Sie hat von 6 660 000 Stimmen, die für das Abgeordnetenhaus abgegeben wurden,

932 000,

etwas über 14 Prozent, errungen. Statt 19 Mandate, wie bisher, wird die KPD künftig 35 haben. Von den 1 600 000 Stimmen der tschechischen Sozialdemokratie im Jahre 1920 sind nur 600 000 geblieben, die deutschen Sozialdemokraten verloren von den damaligen 700 000 Stimmen 300 000.

Vom Tage

Im englischen Unterhaus erklärte Johnson Sims, die Regierung befaßt sich mit der Frage, weitere gesetzliche Maßnahmen gegen die Kommunisten durchzuführen.

Der tschechische Ministerpräsident Svehla hat namens der Regierung die Demission eingereicht.

Im Münchener Dolchstoßprozeß begannen am Montag die Plädoyers.

Auf dem deutchnationalen Parteitag in Berlin wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die den Vertrag von Locarno ablehnt.

Auf dem Zentrumsparteitag in Kassel erklärte Dr. Marx nach einer Rede Wirths, daß er grundsätzliche Unterschiede zwischen seinen Auffassungen und denen der Fraktion nicht mehr sehe. Marx erklärte: Kommen Sie zurück in die Fraktion.

Die verhafteten Sachsisen aus dem Altschlesien Bezirk sind sämtlich wieder freigelassen worden.

Die badischen Justizbehörden haben gegen den nach 17-jähriger Zuchthausstrafe entlassenen Rechtsanwalt Karl Sau einen neuen Haftbefehl erlassen.

Die Westorientierung im Sturmschritt

Firma Giesche und America

Alle Bodenfrage stehen unter Aufsicht des Staates. Private Kapitalien sind im Osten zu den Staat zu überführen (Deutsch Reichsverfassung)

Was ist sein deutsches Vaterland einem deutschnationalen Junker wert? Für 4 Millionen Dollar Kredit verläßt er es an Amerika. Den abligen Besitzern des Giesche-Konzerns gebührt das Verdienst, diese Feststellung ermöglicht zu haben. Die Westorientierung dieser Herren von Giesche geschieht etwas stürmisch, dafür aber um so gründlicher.

Was bedeutet das Vorgehen des Giesche-Konzerns? Das Zink, eines der wichtigsten und für die Wirtschaft unentbehrlichen Metalle, wird in Deutschland nur in Oberschlesien in großem Maßstabe gewonnen. Die wichtigsten Zinkfelder und Zinkhütten Oberschlesiens gehören dem Giesche-Konzern. Im Jahre 1913 war Deutschland nächst den Vereinigten Staaten mit 250 400 To. der größte Zinkerzeuger der Welt. Bei der Abgrenzung Oberschlesiens wurde die deutsch-polnische Grenze so gezogen, daß die gesamten Anlagen zur Förderung und Verhüttung von Zink auf polnisches Gebiet fielen, während bei Deutschland zwar der größte Teil der Zinkerzfelder verblieb, die aber fast alle noch unerrichtet waren. Die Folge war, daß im Jahre 1924 auf dem deutschen Gebiete Oberschlesiens nur noch 38 000 To. Zink erzeugt wurden, und auch in der polnischen gewordenen ober-schlesischen Betrieben ging die Produktion auf 39 800 To. zurück. Um den notwendigen Zinkbedarf für Eisenindustrie, Lechmit, Messingherstellung usw. sicherzustellen, wird Deutschland im Jahre 1925 zu seiner eigenen Produktion mindestens noch 125 000 To. Zink im Werte von etwa 100 Millionen Mark einführen müssen.

Nachdem infolge des massenhaften Verbrauches während des Weltkrieges einige der bedeutendsten amerikanischen Zinkerzorkommen der Erschöpfung entgegengehen, spielt sich im Zinkere der selbe Kampf der imperialistischen Mächte im Kleinen ab wie beim Erdöl im Großen. Während die Zinkproduktion von 955 000 To. im Jahre 1924 auf 1 164 000 To. im Jahre 1925 gestiegen ist, sind die Zinkvorräte der Welt dauernd äußerst knapp und reichen kaum für 8 Tage. So ist es den großen Zinkkonzernen, die die Weltproduktion unter sich aufteilen, ein Leichtes, den Weltmarkt zu beherrschen und durch Preistreiberien Extraprofite zu erzielen.

Die deutschen Zinkerzeuger, in erster Reihe der Giesche-Konzern, waren immer bestrebt, den arbeitenden Massen über die Sinnlosigkeit und die Schäden des kapitalistischen Systems einen lehrreichen Anschauungsunterricht zu erteilen. Obwohl die deutsche Zinkerzeugung bei weitem nicht ausreichte, um den inländischen Bedarf zu decken, führte er das hier erzeugte wertvolle Metall massenhaft nach England aus, von wo es dann die zinkverarbeitende Industrie zu teuren Preisen wieder zurückkaufen muß (!). Die Preisdifferenz wird selbstverständlich der arbeitenden Bevölkerung aufgelegt.

Gegenwärtig schweben Veruche, ein Weltzinkmonopol zu schaffen, das ähnlich wie beim Aluminium zu einem Instrument ausgefaltet werden soll, das den Kontinenten mit aller Raffinerie das Fell über die Ohren zieht. Innerhalb dieser im Entstehen begriffenen, Vereinigung kämpfen die Vereinigten Staaten von Amerika als größter Zinkerzeuger und England als größter Zinkhändler der Welt um die Vorherrschaft. Da nimmt es kein Wunder, wenn der reichste Metallkonzern und die größte Kupfererzeugerin der Erde, die amerikanische Anaconda Copper Mining u. Co. ihre Hand nach der wertvollsten ober-schlesischen Zinkproduktion des Giesche ausstreckt.

Aus diesem Zusammenhang gehen leicht die tieferen Beweggründe hervor, die den stammigen nationalen Giesche-Konzern bewegen, das Sanierungsprojekt der Preussischen Bergwerks-AG. abzulehnen, das dem preussischen Staat Einfluß auf die Zinkerzeugung des Konzerns gab und daß er es dagegen vorgezogen hat, sich im Sturmschritt „westorientieren“. Er wollte an den hohen Extraprofiten und an der Massenausplünderung teilhaben, die das Weltzinkmonopol seinen Teilnehmern bringen soll. Unter dem unmittelbaren Einfluß der preussischen Regierung auf seine Zinkerzeugung war er nicht so sicher, dieses Ziel zu erreichen. Außerdem erscheint Giesche die Verbindung mit dem amerikanischen Kapital ein besseres Mittel zu sein, um sich von den Steuern drücken zu können, als eine Einflusnahme des preussischen Staates. Und auch ein nationaler Junker weiß die „wirtschaftlichen Belange“ zu schätzen: bevor er seiner Regierung Einfluß auf seinen Betrieb gibt, zieht er es zehnmal vor, unter Aufsicht der Herren von Wallstreet höhere Profite zu schluden. So hat Giesche an die Anaconda seine polnischen Betriebe verkauft, und dieser Gesellschaft auch den maßgebenden Einfluß auf dem deutschen Felder eingeräumt, wobei Harriman den Vermittler spielte.

Die Anaconda wird, wenn die Abmachungen mit dem Giesche-Konzern nicht in letzter Stunde verhindert werden,

Das 20. Prozent der Weltunterzeugung kontrollieren, und ist dann auch in der Lage, die deutschen Zinstitute selbstständig nach oben zu bestimmen. Das bedeutet eine erhebliche Belastung der breiten Massen, und wie jede Weltorientierung muß auch hier die wertvolle Bevölkerung der Zinsen von Locarno aus ihrer Tasche bezahlen.

In schamloser Weise verschandern hier die Junker die Bodenschätze an das amerikanische Kapital, um ihre Profite zu erhöhen. Selbst ein großer Teil der bürgerlichen Presse läßt Sturm gegen die offensichtliche Verhöhnung der preußischen Regierung durch die Gleichgültigkeit und gegen die freiwillige Auslieferung wichtiger Wirtschaftskräfte an die amerikanische Wirtschaft. Daraufhin hat die preußische Regierung einen Kommissar mit der Beobachtung der Angelegenheit betraut.

Was geschieht aber keineswegs! Auf das Verhalten Gleiches kann es nur eine Antwort geben: die Entleerung und Verstaatlichung seiner Bestände, mit denen die Junker doch offenbar nichts anderes anzufangen wissen, als sie nach Amerika zu verschleppen. Entleerung und Verstaatlichung des Gleichgültigen muß auch gefordert werden vor allem im Interesse der arbeitenden Massen. Nicht nur, weil der Gleichgültige-Vertrag der arbeitenden Bevölkerung zu der Ausbeutung durch die eigene Bourgeoisie noch große Tributlasten an das amerikanische Kapital auferlegt, sondern auch wegen der politischen Bedrohung der Arbeiterklasse, die die steigende Einfuhr amerikanischer Kapital nach Deutschland mit sich bringt. Je mehr amerikanisches Kapital in Deutschland angelegt ist, desto mehr wird die amerikanischen Kapitalisten daran interessiert, die Klassenfront des deutschen Proletariats zu durchdrängen, um eine Gefährdung ihrer Kapitalien zu vermeiden und die Ausbeutung der deutschen Arbeiter zu verschärfen, um ihre Profite zu erhöhen, und die Interessen der amerikanischen Ausbeuter werden sich schließlich zeigen in einer wirtschaftlichen und politischen Unterdrückung des deutschen Unternehmertums bei seinen Angriffen gegen die deutsche Arbeiterklasse. Aus diesen Gründen muß sich die Arbeiterklasse auf das schärfste wehren gegen die zunehmende amerikanische Kapitaleinfuhr nach Deutschland.

Gleich ist nur ein Fall unter Tausenden, aber er sagt hervor durch seine Größe und wirtschaftliche Bedeutung und die unläubigen Manipulationen der schließlichen Magnaten erlauben auch sogar vom Standpunkt der bürgerlichen Presseverwaltung sein: Ueberzeugung an den preußischen Staat.

Die russischen Bergarbeiter arbeiten 6 Stunden täglich!

Die Meldungen über die letzten bedeutenden Lohnnachbesserungen in der Sowjetunion haben die Aufmerksamkeit der „Vorwärts“ zu beachteter Höhe angezogen. Ein ganzer Regen von mehr oder minder tendenziös zusammengestellten Statistiken über die angeblich schlechte Lage der russischen Arbeiter geht wieder auf die deutschen Arbeiter nieder, um sie zu Befehdlichkeit ihrer Forderungen und Zustimmung zu den „Erfolgen“ ihrer Führer zu veranlassen. Es wird deshalb interessant für den deutschen Arbeiter sein, wenn er die Feststellungen liest, zu denen der sozialistische Londoner „Daily Herald“ den Gewerkschaften M. S. S. Swansoff, Vizepräsident der Vereinigten Kohlenbergwerke des Dongebietes, das Wort gibt.

Der Sekretär der Internationalen der Bergarbeiter, Franz S. Odgers, hat behauptet, daß die russischen Bergarbeiter heute unter Verhältnissen arbeiten, wie sie die englischen Bergarbeiter bereits vor 100 Jahren erduldet hätten. Darauf erklärt Swansoff im „Daily Herald“:

Obgleich es richtig ist, daß die Bergarbeiterlöhne zurückgefallen sind, sind doch die Lebensbedingungen unvergleichlich besser als unter der Zarenherrschaft. Man darf nicht vergessen, daß die Löhne, die hier ausbezahlt werden, nur die Hälfte des tatsächlichen Einkommens darstellen. Die Bergarbeiter zahlen keine Miete für die Wohnung, sie erhalten Gas, Elektrizität, Straßensaubermittel u. d. m. Essen, ebenso erhalten sie jährlich 6-7 Zentner Kohle frei ins Haus geliefert. Sie bezahlen auch keine Beiträge für die Sozialversicherung, die ausschließlich von der Staatsverwaltung getragen werden. Außerdem zahlt die Staatsverwaltung einen Betrag von drei Prozent der Gehaltsabgabe an den Bergarbeiterverband für Klub- und allgemeine kulturelle Zwecke.

Für Arbeiter über Tage gilt die 46-Stundenwoche, die von den eingeschlossenen, während die Arbeiter unter Tage den Sechsstundenarbeitstag haben. Arbeiter über Tage haben zwei Wochen jährlich Ferien mit vollem Lohn, Arbeiter unter Tage vier Wochen. Auf besonders schwierigen Arbeitsstellen wird die Zahl der Arbeitsstunden herabgesetzt. Selbstverluste, die nicht durch die Schuld der Arbeiter erfolgen, werden voll bezahlt, Schuhe und Arbeitskleidung erhalten sie von der Verwaltung kostenlos. Bei einem Unfall oder einer Berufsunfähigkeit erhalten die Arbeiter die ersten drei Monate hindurch ihren vollen Lohn. Späterhin erhält sie eine Spezialkommission, in der die Gewerkschaften voll vertreten sind.

Die Gewerkschaften gegen einen Kampf der Beamten

Mit Rücksicht auf die Große Koalition

(Eig. Draht.) Berlin, 17. November.

Auf einer Berliner Funktionärsitzung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes sprach Falkenberg, der Vorsitzende dieser Organisation, über Beamtenfragen. Der ganze Inhalt seines Referats war eine einzige Abkehrung von Kampfmaßnahmen. Ein Zusammengehen mit dem Deutschen Beamtenbund zur Herstellung einer einheitlichen Kampffront wird vom A.D.B. abgelehnt. Die Hauptarbeit sei auf die Kleinarbeit und auf die Auffklärung zu legen. Die freie Beamtenbewegung müsse nicht nur in die Breite, sondern auch in die Tiefe gehen. Wenn in öffentlichen Beamtenverwaltungen zur Durchsetzung der Beamtenforderungen das letzte gewerkschaftliche Mittel, der Streik, verhängt werde, so könne man dem nicht zustimmen.

Die Ausführungen Falkenbergs zeigen, daß die sozialdemokratischen Führer bereit sind, die Beamten bedenkenlos der kommenden Großen Koalition zu opfern. Sie wissen sehr gut, daß all ihre papierernen Resolutionen und bombastischen Reden, die den geringsten Nutzen bringen werden. Die Aufforderung zum Zusammengehen mit den Arbeitern und Angestellten sind in ihrem Munde nichts mehr als hohe Worte. Die Beamtengehälter werden von der Regierung um Aufträge des Schwermetallwerks auch darum niedrig gehalten, um Lohnherabsetzungen der Arbeiter- und Angestellten zu verhindern. Gerade der jetzige Zeitpunkt wäre deshalb mehr denn je geeignet, die Arbeiter, Angestellten und Beamten gemeinsam in den Kampf zu führen und so einen wirklichen Zusammenbruch auf der Basis einer Kampfgemeinschaft herbeizuführen. Es ist ganz klar, daß einer solchen geschlossenen Front keine Regierung und kein Unternehmertum der Welt widerstehen könnte. Aber die sozialdemokratischen Führer wollen diesen Kampf nicht, weil sie wissen, daß er ihre kommende Koalitionierung mit den Parteien des Schwartkapitals unmöglich machen würde.

Die Arbeiter, Angestellten und Beamten müssen aber endlich einsehen, daß sie sich, wenn nicht mit, so ohne diese Führer, eng zusammenschließen und den Kampf um ihre Existenz aufnehmen müssen.

Zwei Jahre Gefängnis gegen die Frau-Gräfin beantragt

Berlin, 17. November. In dem Prozeß gegen die Gräfin Bothmer beantragte der Erste Staatsanwalt für die Diebstahl in Berlin im 6 Monate Gefängnis und für die Diebstahl im Hause Nied 1 Jahr 3 Monate Gefängnis, welche Strafen in der Urteilsurteilung der Untersuchungschaft auf 2 Jahre Gefängnis zusammenzuziehen wären.

Die Parteioffenstunde

Alle Einzahlungen von den Parteien oder von Einzelpersonen, die nicht Mitglieder der Partei sind, sind zu senden an: Wilhelm Pies, Berlin C 54, Postfachkonto Berlin NW 7, Nr. 102254. Alle Zahlungen der Kassierer innerhalb der Partei gehen nicht auf dieses Postfachkonto, sondern werden verrechnet wie die übrigen Abrechnungen mit den Ortsgruppen bzw. Bezirkskassierern.

Die Reichsbahndirektion lehnt die Verhandlungen ab

Die Eisenbahner müssen in den Kampf treten

(Eig. Draht.) Berlin, 17. November.

Die Reichsbahndirektion Berlin hat den Antrag des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands auf Verhandlungen über die Erhöhung der Bezüge der Eisenbahner abgelehnt.

Diese Ablehnung bedeutet eine Provokation gegenüber den hungernden Eisenbahner. Es wird den Eisenbahner nicht anders übrig bleiben, als den Kampf gegen die Reichsbahndirektion aufzunehmen. Wenn die Gewerkschaften nicht sofort bereit sind, nachzugeben, so dürfen die Eisenbahner nicht bilden. Sie müssen sich bewusst sein, daß auch der Einheitsverband angereicherter Schlichtungsbeiräte nicht die notwendige Zulage bringen wird, sondern daß der Schlichtungsbeirat die notwendigen Mittel ist die sofortige Stärkung der Organisation. Alle Eisenbahner hinein in den Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands und aufgenommen den Kampf gegen die reaktionäre Politik der Reichsbahndirektion!

Kommunistische Erfolge in Baden

Offenbach, 17. November. Bei den jüngsten Kommunalwahlen hat die kommunistische Partei 5 Mandate gewonnen, wogegen die Sozialdemokratische Partei fast um die Hälfte ihrer Mandate zurückgegangen ist; während sie bis jetzt 18 Sitze hatte, wird sie künftig nur noch 10 haben.

Weitere Wahlergebnisse in Hessen

Offenbach, 17. November. Mittliches Ergebnis der Stadterordnetenwahlen: Es erhielten Sozialdemokraten 15 (21 Sitze), Zentrum 6 (5), Demokraten 4 (3), Kommunisten 1 (1), Arbeitnehmer 1 (0), Vereinigte Bürgerliche 11 (12).

Demonstration der tschechischen Offiziere in Warschau

(Eig. Draht.) Warschau, 17. November.

Wie zu erwarten war, wird der Rücktritt Grabstis von den Elementen der äußersten Reaktion zu einem Vorstoß ausgenutzt. Am Sonntag zogen über 1000 Offiziere, darunter 20 Generale vor das Palais Piłsudski, um ihm eine Sympathiebekundung darzubringen. Auch die Offiziere der Warschauer Garnison nahmen daran teil. (Belanntlich war Piłsudski 1920 einer der mächtigsten Kriegshelden gegen Sowjetrußland.) Der Kriegsminister Sikorski erließ an die Armee darauf sofort ein scharfes Verbot, das den Angehörigen der Armee jede Beteiligung an irgendwelchen Demonstrationen verbietet. Man stellt wahrscheinlich in Warschau selbst ein, daß angesichts des fortwährenden Sturzes der polnischen Währung der Augenblick zu solchen reaktionären Theaterstudien der Offizierskamarilla schlecht gewählt ist.

Vom Konkurrenzkampf in Ostasien

In der „Bergwerkszeitung“ wird ein interessanter Wirtschaftsblick über den Eisenmarkt in China veröffentlicht. Aus den Mitteilungen geht deutlich der scharfe Kampf hervor, den die verschiedenen Interessentengruppen um das Fell der arbeitenden Massen Chinas führen. Japan, das durch seine fruchtbringende Lage fähig ist, im Konkurrenzkampf besondere Erfolge davonzutragen, wehrt sich gegen die Monopolisierungsbemühungen der europäischen Eisenexporteure. Der Versuch verschiedener Eisenwerke Deutschlands, Frankreichs und Belgiens durch ein Syndikat den Ostasienmarkt die Eisenpreise in China weiter in die Höhe zu schrauben, ist als gescheitert zu betrachten. Die Gründe dafür liegen einmal in amerikanischen Bindungen, durch Dumping die europäischen Werke aus dem Felde zu schlagen, und dann in der Erschlaffung der japanischen Konkurrenz. So spiegeln sich in dem begrenzten Marktgebiete die Gegensätze der internationalen Imperialisten wider.

Von Klüß zu Klüß ...

Roman einer Frau

13) Von Anna Meyenberg — Der Malik-Verlag, Berlin

Einmal hatte ich mir einen Tag frei geben lassen, um in Hannover einige Besorgungen zu machen und belagte gleichzeitig meine Schwester Eulien, die immer noch bei dem hundertsten Ehepaar in Stellung war. Die Herrschaft war nicht zu Hause und meine Schwester wollte mit dem Geld etwas zu essen anschauen, trauete aber nichts in der Speisekammer finden und hat mich, doch ein Stückchen Kuchen zu holen. „Habt Ihr denn so wenig im Hause?“ fragte ich erschaut. „Was ist denn da die Herrschaft, wenn sie nach Hause kommt?“

O, die eben heute im Schützenhaus, da kauft die Frau nichts fürs Haus ein.“

„Und was ist Du denn?“

„Ach, manchmal ist noch was zum Aufwärmen da oder ich laufe mit selber was.“

„Für Dein Geld?“

„Ja, denkst Du denn, die geben mir das Geld wieder, wenn ich mir ein Stück Kuchen hole?“

„Aber das ist ja furchtbar, wenn man nicht hat zu essen bekommt. Ich habe in meinem Hause vom Keller bis zur Kammer die Schürkel an meiner Spitze hängen und kann essen, was ich will. Da bin ich doch froh, daß ich auf dem Lande bin. Die Leute hier zu Hause auch kauft, denn schenken tun die einem kein Süßes und der Lohn ist auch man so la. Aber wenn Du dir für Deinen Lohn was zu essen kaufen mußt, da kommt es wohl auf etwas hinaus. Ich verzehre alles an Schokolade und Kleibern, und was Du mehr verdienen, verzehst Du.“

„Da war es doch in Eisenach besser, da haben wir doch der Mutter jeden Monat etwas schicken können. Aber trotzdem möchte ich doch nicht wieder in die Fabrik. Da ist man vom morgens bis zum Abend in dem Weisse, daß man schwerhörig davon werden könnte und sieht den ganzen Tag keinen Sonnenstrahl. Und wird noch von denen, die solche Arbeit nicht zu tun brauchen, schief angesehen und Fabrikmädchen, Fabriksohlen, genannt. Warum die Menschen wohl so ungerade sind — alle solche Arbeiten müssen doch getan werden, da sollten sie doch froh sein, daß sie getan wird und die Menschen um so höher achten. Meine Frau, die ist gerade wie eine Schwester zu mir, gar nicht, als wenn ich ihr Mädchen wäre. Aber die anderen Bauernfrauen, die sich ein Mädchen halten können, tragen die Nase meistens sehr hoch. Ueberhaupt finde ich, daß die Leute

hier in Norddeutschland viel kaltherziger sind, wie in Thüringen. Sie haben alle so etwas Hochmütig-Umarmbares an sich, daß ich dabei manchmal Grimasse bekomme. Es ist eigentlich kesselfisch, doch wir so in der Welt herumstreifen müssen und konnten es doch zu Hause so schön haben, wenn unser Vater sein Handwerk fleißig betrieb, hätte, anstatt alles zu verdienen und zu verbraten. Da steht nun zu Hause die schöne große Schmiede leer — alles verrotzt — und wir müßten fremden Leuten dienen. Und unser Vater trägt die Schuld an allem. O, wenn ich ihn nur einmal sehen könnte, daß ich ihm das alles einmal so recht ins Gesicht sagen könnte — und alles, was unsere Mutter um ihn hat durchmachen müssen, und wie mühselig sie uns großgezogen hat — das alles möchte ich ihm einmal ganz gehörig sagen.“

„Du dummes Mädchen, da mußt Du gar nicht dran denken, der hat vielleicht darüber schon längst wieder Frau und Kinder und würde sich wohl wenig daraus machen, was Du ihm zu sagen hättest, denn der hat doch kein Gewissen. Du, ich denke, davon ist unsere Mutter auch so oft krank, die hat sich zuviel gekümmert und wir waren noch zu klein, um es zu verstehen. So etwas muß furchtbar sein. Hast Du ihr letzten auch etwas geschickt, als sie wieder so krank war? Emilia und ich haben ihr eine Kiste mit Mehl, Butter und Schinken geschickt.“

„Und ich habe ihr sechs Mark per Postanweisung geschickt, da wird Marie sie schon gut pflegen. Ich werde bei der Obermeiers wohl ewig bleiben müssen, denn wenn ich denke, jetzt bin ich quitt mit meinem Lohn, wupps, kommt gleich etwas anderes.“

„Du sollstest überhaupt in die Stadt kommen, da könnten wir immer schön zusammen ausgehen, das wäre doch viel schöner.“

„Ich weiß nicht, ich habe keine Lust in der Stadt zu wohnen. Die kleinen Etagenwohnungen, wo das Mädchen oben in der Dachkammer schlafen muß und nirgendwo ein Baum oder Blumen gießt, nein, da bleibe ich lieber wo ich bin. Ich habe damals genug bekommen, als ich die paar Wochen bei Emilia war, in den kleinen Zimmern, wo immer noch ein Kästgen ist — nein, dafür kann ich mich nicht begeistern.“

„Als ich mehrere Stunden später wieder wohlbehalten bei Obermeiers ankam, war ich doch froh, wieder in einem Hause zu sein, wo etwas die Brotkrumen nicht ausgeht und die Mühen nicht mit dem Fingerhaken augemeßen wurden. — Essen ist eine schöne Sache, wenn man Hunger hat und einen jungen Körper, der noch ein will.“

Bei Obermeiers war wieder einmal das Leid eingekesselt, und hatte den ältesten, ungeschickten, neugierigen Sohn aus Kantenlauer geworfen. Das ganz langsam hatte sich das schließende Ableben in seinem Körper festgesetzt und die linke Hüfte gelähmt, so daß der sonst kräftige Junge zu hinten anfang und zuletzt gar nicht mehr gehen konnte.

So viele Tote auch zu Rate gezogen wurden, es trat doch keine Besserung ein. Und schließlich zelte Frau Obermeier mit

ihm zu einem Professor und blieb dort in seiner Nähe. Da blieb das ganze Hauswesen mit und der alten Mutter ganz allein überlassen und meine Arbeitsstunden wurden noch länger. Die Knechte die die Jüngsteine in die benachbarten Städte führen, kamen oft so spät nach Hause, daß ich Stundenlang aufpassen und warten mußte. Erst wenn die Pferde im Stalle abgefüttert waren, kamst die müden, von der Kälte halb erstarren Männer in die Küche gestampft, wo eine warme Mahlzeit ihrer wartete. Es waren saftig ganz roh, niedere Gelehrten, mit denen ich nur sprach, was sein mußte, denn ich hatte gemerkt, daß es ihnen auf ein hübsches Wort nicht ankam. Und wenn ich dann hochrot und verlegen aus der Küche ging, da lachten sie hinter mir her, als hätten sie wunder was Schönes erlebt. Aber trotzdem taten sie mir leid, daß sie so roh und niedrig waren und keiner das Gefühl in sich trug, besser zu sein. Warum waren es nicht nette Menschen, zu denen man wie zu einem Bruder sprechen konnte? Machte die Arbeit sie so roh? Nein, das konnte wohl nicht sein, sie waren wohl so groß geworden, denn man konnte doch auch bei der niedrigsten Arbeit schöne Gedanken haben. Ich mußte mich sehr in Acht nehmen, um nicht freundlich zu sein, denn das verstanden sie nicht und wurden gleich dreist und gemein.

„Je stiller und stolzer ich nun war, um so mehr verflucht sie mich zu tranken. Bald führten sie morgens fort, ohne den Wasserteimer, der mir für die Küche das Leitungswasser herferte, vollgepumpt zu haben, daß ich den ganzen Tag kein Wasser in der Küche hatte, oder selbst die schwere Pumpe ziehen mußte. Oder, wenn ich Flur und Küche gerade frisch geputzt hatte, kamen sie mit den schmutzigsten Stiefeln und Schürzen langsam ihre Spuren, wo sie gingen. Und wenn ich mich bei Herrn Obermeier darüber beklagte, da lachte er nur belustigt und sagte: „Ja, Martha, die Jungens sind nur einmal so, wenn ein hübsches Mädchen zu Hofe ist.“

Es waren auch wohl Durchein im Dorfe, die mich trotz meiner jungen Jahre schon gerne zur Frau genommen hätten, aber ich konnte mich nicht zu ihnen finden, weil sie nicht meinen Ideal entsprachen. Sie redeten von ihren Pferden, Hunden und Soldatenleben — und ich träumte von Eisenach's Weiden, und was mein Herz zu immer erstehnte, war nicht dieser Ort als bleibende Stätte.

Es war in einer bitterkalten Winternacht. Der Schnee lag gleichmäßig über dem Gehst, als ich müde und wieder spät wie immer auf meine Kammer ging. Ich weiß nicht, wie lange ich schon geschlafen hatte, als ich von einem Geräusch im Hofe erwachte und schlaftrunken aus dem Fenster sah, daß dort neben meinem Bett war. Da sah ich, wie sich unten im Hofe zwei männliche Gestalten bewegten, doch im selben Augenblicke, da ich mein Gesicht an die Scheiben gedrückt hatte, laufe etwas an meinem Kopfe vorbei. Die Glassplitter flogen nach allen Seiten und ich fühlte plötzlich einen stechenden Schmerz im Auge.

(Zerklüftung folgt)

Rechts und Links im Kampfe gegen die Dawes-Lasten

Von E. Lubwig.

(Aus „Die Internationale“, 8. Jahrgang, 11. Heft.)

(Schluß)

Einige programmatische Anmerkungen.

Es ist falsch, die Forderung der Lastenabwälzung als unkommunistische Aufgabe anzusehen, wie es jetzt wieder die Genossen Rosenbergs und Scholem in ihrer Plattform tun. Im Gegenteil beruht die Ablehnung dieser Lösung gegen die Grundzüge der Kommintern, deutsche Parteitagebeschlüsse, gegen die Praxis der Einheitsfront.

Es muß daran erinnert werden, daß Lenin ganz klar den Kampf um die Abwälzung der Steuern auf die Bourgeoisie als kommunistische Aufgabe aufgestellt hat. Es muß daran erinnert werden, daß der Jenaer Parteitag, der unmittelbar nach dem in seiner Grundlage von Maslow angegriffenen Dritten Weltkongreß stattgefunden hat, diese leninistische Grundzüge für die deutsche Partei angenommen hat. Lenin ist es gewesen, der schon im Winter 1916 u. 1917 nun für die Schweizer Zimmerwälder Linke in einer von ihm ausgearbeiteten Plattform im Kampf gegen die Lenkung und die unerträgliche wirtschaftliche Lage der Massen positive Steuerforderungen aufgestellt hat (Lenin, „Die Internationale“ 1925, Heft 5, S. 312/13) fordert darin eine einheitliche Vermögens- und Einkommensteuer mit hohen und strengen Sätzen von 10 bis 60 Prozent.

In seinem Brief an den Jenaer Parteitag, in dem er schon damals die unkommunistische Grundstellung des Genossen Maslow gekennzeichnet hat, hat Lenin im Namen der Kommintern von der deutschen Partei 1921 gefordert:

„Die Partei muß eine Taxation einführen, die die Zahlung der Steuern und den Tribut der Arbeiter auf Deutschland gegen die Schulden der Deutschen Kapitalisten und durch die der Arbeiter und der belohnten Schichten der Bevölkerung kommen.“

Dementsprechend hat denn auch der Jenaer Parteitag, nachdem der ultra linke Widerstand gegen die Beschlüsse des 3. Weltkongresses und gegen folgende Maßnahmen folgende Steuerforderungen angenommen:

1. Eine einheitlich durchgreifende, die unteren Einkommens- und Vermögensstufen schonende, dagegen die großen Vermögen und Einkommen um so härter erfassende Vermögens- und Einkommensteuer.

2. Die Besteuerung aller Erbschaften und Nachlässe, die den Wert von damals 100.000 Papiermark übersteigen, mit Ausnahme derjenigen, die zur Erhaltung und Weiterführung der Wirtschaft der selbst arbeitenden Bauern und Kleinhandwerker notwendig sind.

3. Die Beschneidung der Vermögen aller früheren Fürstentümer und der am Börsensturz beteiligten Herrscher und Staatsmänner.“ (Parteitagsprotokoll S. 418.)

Heißt das, daß Lenin sich schon 1916/17, in der Zeit, als er fast als einziger in der ganzen Internationale den Bürgerkrieg gegen den imperialistischen Krieg proklamiert hat, auf den Boden des bürgerlichen Staates gestellt hat?

Heißt das, daß Lenin, als er seinen Brief an den Jenaer Parteitag geschrieben hat, er der deutschen kommunistischen Partei müßte haben?

auf den Boden der bestehenden Republik und des Versailles Vertrages zu treten und nur wie die Sozialdemokraten durch einige radikal sein sollende Steueranträge ihre Macht zu wahren.“ (Plattform Scholem-Rosenberg.)

Heißt das, daß der Jenaer Parteitag, als er die Linke der Kommintern und Lenin befolgte, damit an Stelle des Kampfes an den Verfasser Vertrag seine Anerkennung gesucht hat?

Die Antwort auf diese Frage ist klar. Die Proklamierung jener Steuerforderungen sowohl 1916/17 für die Schweizer Zimmerwälder Linke durch Lenin wie für die deutsche Partei nach dem 3. Weltkongreß auf dem Jenaer Parteitag heißt nichts anderes, als die Bekämpfung des Verfasser Vertrages an dem Punkte fortzusetzen, der politisch auf der Tagesordnung stand: der Abwälzung der aus dem Vertrag entstehenden Lasten. Die deutsche Partei unter Führung der Gruppen Ruth Fischer-Maslow und Scholem-Rosenberg hat dagegen, als im Dawes-Pakt die Lastenregelung des Verfasser Vertrages Wirklichkeit wurde, nicht nur die Lösung Lenins und damit zugleich die Lösungen des Jenaer Parteitages vergessen. Sie hat, als es darauf ankam, eben jene in Jena beschlossenen Maßnahmen in der Praxis der Einheitsfrontpolitik zu hemmen, sie hinter den Spiegel gestellt. Sie hat sich mit radikalen Phrasen begnügt. Sie hat die Einheitsfrontpolitik, weil sie sie prinzipiell nie begriffen hat, auch praktisch nicht durchführen können.

Die Genossen Scholem und Rosenberg haben wenigstens die Konsequenz für sich: sie lehnen mit dem 3. Weltkongreß mit der Einheitsfrontpolitik auch die auf dem Jenaer Parteitag proklamierte Steuerpolitik als „brandleristisch“ ab.

Sie zeigen damit nur, daß sie und gleich ihnen die Gruppe Ruth Fischer-Maslow in den letzten einundzwanzig Jahren mit dem Schlagwort des „Brandlerismus“ nicht nur die ernstesten und schwersten Fehler des Oktober bekämpfen wollten, sondern daß sie mit diesem Schlagwort des Brandlerismus leichtfertig und oberflächlich sich gegen jede praktische kommunistische Politik gewandt haben und noch wenden. Mit diesem Schlagwort-Anflug muß, wenn die Partei von der ultra linken und von der naslowitschen Krankheit genesen soll, endlich Schluß gemacht werden.

Was das Verbrechen Geht?

Worauf kam es bei der Steuerpolitik an, die im Anschluß an die Verwirklichung des Dawes-Paktes gegen ihn zu treiben war? Das Problem für die kommunistische Partei war, die Massenaktion mit der parlamentarischen Aktion zu verbinden, die Steuerfrage zu einem Anknüpfungspunkt der Einheitsfrontpolitik der Massenmobilisierung gegen den Dawespakt zu benutzen.

Darauf ging der Vorschlag derjenigen Genossen hinaus, die im Oktober 1925 auf der Parlamentarier-Konferenz ein Steuergegenprogramm forderten. Genosse Rab fand gegen den brandleristischen Ansturm der Genossen Erdlich, Bötzcher, Ernst Wenzler die ultra linke Formel: daß man selbstverständlich im Parlament zu den Steuergelegenheiten Änderungsanträge stellen werde; daß aber diese Änderungsanträge als rein parlamentarische Manöver die Partei nichts angingen; daß ihre Aktionen außerhalb des Parlaments durch diese Parlamentarieraktionen nicht gestört oder behindert werden dürften. Kann man härter die Trennung der Parlamentarieraktion der Kommunisten von der außerparlamentarischen Aktion formulieren, als es hier Genosse Rab getan hat? Kann man den parlamentarischen Aktivismus, den tatsächlich später

eingetretenen Rechtsabweichungen im Parlament offener den Weg bereiten, als es hier durch den ultra linken Wortführer Rab geschehen ist? Noch im Frühjahr des Jahres, als bereits die Steuergelegenheiten vorliegen, und überhaupt Genosse Lubwig in einer Redakteur-Konferenz von neuem ein Steuergegenprogramm forderte, hat Genosse Fichtl unter stillschweigender Duldung des vorliegenden Zentralkomitees ganz im Sinne von Rab seine ultra linke Attitude gegen diese reformistische Abweichung retten können.

Der Verlauf des Steuerkampfes der bis kurz vor Tagesanbruch nach diesem fatalen Rabhintergeißel durchgeföhrt worden ist, hat denn auch erwiesen, daß durch dieses Auseinanderreißen unseres parlamentarischen Rückens vor dem Auftreten der Partei außerhalb des Parlaments sowohl dieses wie jenes geschwächt wurde.

Welche Selbstgenügsamkeit die Führung der Berliner Organisation im Steuer- und Zollkampf noch bis heute auszeichnet, zeigen einige Sätze aus dem Brief des Genossen Korbpus: „Ist die Linke bankrott?“ (Berliner „Karte“ vom 29. September 1925.)

„Ich kann jederzeit an Hand zahlreicher Dokumente beweisen, daß die Gewerkschaftsarbeit und die Stärkung ihres Einflusses als Partei seit Monaten als unsere vornehmste Aufgabe betrachtet. Als ein Beispiel dafür möchte ich die Führung des Zollausschusses in Berlin herausgreifen. Wir waren wohl die erste Organisation im Reich, die bereits Anfang Juni eine Zusammenfassung sozialdemokratischer, kommunistischer und parteiloser Betriebsräte zur Abwehr des Zollausschusses vornahm, um dadurch dem „Offenen Brief“ an den ADGB die notwendige Grundlage der proletarischen Einheitsfront im Bereiche zu geben. Jetzt allerdings kann man sich stellen — und mit Recht — daß sehr gegen die Tendenz des Briefes des ADGB zu sein — daß wir weder einen guten Abschluß der Zollausschüsse gehabt haben, noch daß wir Führer des Kampfes gegen die wachsende Zuerücknahme sind, obwohl die Arbeiterklasse mit Recht von der KPD verlangt, daß sie ihr aus ihrer jetzigen Not einen Ausweg zeigt.“

In der Tat: Wenn man bereits im Juni 1925 mit der Einheitsfrontpolitik in den Zoll- und Steuerkampf beginnt, nachdem bereits einen Tag nach der Annahme des Dawes-Paktes im Reichstag die Tagessitzung auf der Tagesordnung des Reichstages gestanden haben, wenn man in der ganzen Zeit vom August 1924 bis zum Juni 1925 jedes Steuergegenprogramm als „rechtlos“ ablehnt, wenn man also überhaupt nicht bezeugt, wie Steuer- und Zollforderungen zum Gegenstand von Massenaktionen gemacht, wie sie zum Mittel der Organisierung der Einheitsfront benutzt werden können, dann muß man hinterher fast verwundert sein, daß die Zoll- und Steuerkampagne der Kommunisten im Reichstag die Maße nicht ergriffen hat. Die angeführten Sätze der Genossen Korbpus zeigen, was es mit der Selbstkritik der Führung der Berliner Organisation, die stets zusammen mit der Gruppe Ruth Fischer-Maslow, Scholem-Rosenberg gegangen ist, auf sich hat. Sie hat bolschewistische Massenpolitik ebenso wenig verstanden, wie bis heute den „Offenen Brief“ des ADGB.

Schlesische Rundschau

Breslau. (Ein Entführungsvorfall im Fall Kosen.) Vor einigen Tagen wurde versucht, Frau Standtke, die Tochter der Wirtschaftlerin Neumann, aus dem Gefängnis auf der Kleinfeldstraße zu entführen. Zur Nachtzeit fuhren vor dem Gefängnis zwei Autos vor, denen drei Männer entstiegen. Sie begaben sich zur Gefängnisverwaltung und behaupteten, Kriminalbeamte zu sein. Als solche hätten sie den Auftrag vom Untersuchungsrichter erhalten, die Standtke nach dem Untersuchungsgefängnis auf der Graupenstrasse zu überführen. Da die Beamten in der Gefängnisverwaltung dem Ersuchen mißtrauisch gegenüberstanden, so zogen sie telefonisch Erkundigungen an zuständiger Stelle ein. Von dort wurde ihnen der Bescheid erteilt, daß die Ueberführung Scheinwerk sei und die Beamten keinerlei Auftrag zur Ueberführung erhalten hätten. Als die drei Männer merkten, daß man ihnen Mißtrauen entgegenbrachte, verdufteten sie sich und entkamen unerkannt mit den Autos. Es gelang jedoch, den Hauptführer sowie die beiden Kraftwagenführer zu ermitteln. Es stellte sich dabei heraus, daß man es mit einem geisteskranken Mann zu tun hatte.

Schweidnitz. Sechs Wahlvorschlüge. Für die Wahlen zu Kreisrat für Schweidnitz-Land sind sechs Wahlvorschlüge eingereicht und für gültig erklärt worden, und zwar die Liste der Kommunisten, eine Liste der Sozialdemokraten, eine gemeinsame Liste der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, eine Liste der Zentrumspartei, eine gemeinsame Liste des Schlesischen Bauernbundes und der Demokratischen Partei, und eine Liste der Deutschnationalen Partei. Letztere umfaßt nur den Namen eines einzigen Kandidaten. Scheinbar haben die Deutschen nicht mehr Mitglieder.

Strehlen. Der Schlagwächter Stabler in Strehlenburg der sich erst kürzlich einen Revolver angeschafft hatte, begab sich auf das Feld, um denselben auszuprobieren. Plötzlich löste sich ein Schuß und Stabler schwerverletzt zusammen. Obwohl er alsbald in eine Klinik überführt wurde, ist er der Schwere Verletzung erlegen.

Reichenbach. Nach Unterschlagung einer großen Summe war, wie wir schon meldeten, der bei der Landtrankenausschüttung 22jährige Rentant S. flüchtig geworden. Als er in Berlin gestellt wurde, legte er Hand an sich. Er brachte sich schwere Verletzungen bei, die jetzt zum Tode führten.

Sausdorf. Straßenaufbruch. Der zwölfjährige Sohn eines Grubenarbeiters, der sich mit dem Lohne seines Vaters auf dem Wege von der Mälzgrube nach Sausdorf befand und dabei der Kürze halber den bewaldeten Weg über Centnerbrunn einschlug, wurde von einem im Gesicht verummten Mann mit einem schweren Stod über den Hinterkopf geschlagen. Das Kind war momentan durch den Schlag betäubt, vermochte jedoch sich wieder aufzuraffen und fortzulaufen. Die sofort ausgekommene Verfolgung des Täters hatte bisher keinen Erfolg. Das Kind hat durch diesen Vorfall einen Nervenschlag erlitten.

Beschnitz. Aus dem Zuge gesprochen. Am Mittwoch wurde ein geisteskranker Mann mit dem zur Mittagszeit verkehrenden Personenzug nach Oppeln transportiert. Zwischen den Stationen Randwitz und Ralschitz ging er in den Abort und sprang aus dem in Fahrt befindlichen Zuge heraus. Erst ein später vorbeikomender Arbeiter veranlaßte Ueberführung des Schwerverletzten nach Randwitz.

Oppeln. Die Wahlrechtsdämmerung. Im Laufe des vorgestrigen Tages gelang es, die „Wahlrechtsdämmerung“ von deren „Wohlthätigen“ gegenüber Sozial- und Kleinrentnern wir

Die Genossen Ruth Fischer und ihr Funktionärstab haben nicht nur vor einem Jahre in der Parlamentarier-Konferenz jene Formulierung des Genossen Rab gebilligt. Sie haben noch im Frühjahr, als der Steuerkampf schon eingeleitet hatte, erklärt, daß die Massen von den Schließen Steuern von den Rangkassen nicht erregt würden; daß sie erst hinterher, wenn die Steuern sich ausweiten würden, in Bewegung zu bringen seien. Dieser Possibilismus der Gruppe Ruth Fischer-Maslow, den ja der Offene Brief mit Recht ablehnt, hat auch nicht mit Willen, so doch tatsächlich jene Gruppe, objektiv an die Seite der Gewerkschaftsbürokratie geführt, die bei aller Opposition gegen die Zölle und Steuern erklärte, daß sie erst hinterher, wenn Zölle und Steuern Wesen geworden für Lohnerhöhungen sich einsetzen würde. Auch die Gruppe Ruth Fischer-Maslow, weil sie an die Kampfkraft des Proletariats nicht glaubte, als der Kampf um die Zölle und Steuern bevorstand, hat alles unternommen, um die Einheitsfrontlösung im Steuerkampf, die Massen gegen die Steuern und damit auch gegen den Dawespakt zu mobilisieren. Sie hat jene Formulierung des Genossen Rab von der Trennung der Parlamentarieraktion und der Parteifaktion durch ihre Plattform verwirklicht.

Statt Einheitsfront-Praxis — Schwerepolitik.

Diese schweren Fehler im Kampf gegen die Dawessteuern, die in der Ablehnung von Steuergegenforderungen als Einheitsfrontforderungen, als Forderungen zur Bewältigung der linken Flügels der Arbeitbewegung, ihren Ausgangspunkt haben, haben dahin geführt, daß trotz des langjährigsten Auftretens unserer Genossen im Reichstag in der 2. und 3. Lesung der Zoll- und Steuerentwürfe, trotz aller Opposition, trotz aller guten parlamentarischen, trotz einer tatsächlich entwickelten Steuergegenprogramm, die Massen nicht ergriffen, nicht mobilisiert wurden, sich nicht um die Partei schickten. Ihr Interesse wurde vielmehr ein wenig gewandt, als Gräfe unsere Reichstagsabgeordneten aus dem Reichstag hinauswarf, aber über dieses Interesse hinaus ging die Anteilnahme der Massen nicht.

Aber gerade dieses Aufwachen des Interesses beweist, daß wenn die Partei von Anfang an, seit einem Jahre, seit der Annahme des Dawespaktes, konsequent die bereits auf dem Jenaer Parteitag und von Lenin formulierte Steuerpolitik in die Wirklichkeit umgesetzt hätte, sie die Massen hätte gewinnen können. Die Partei, die unter der Führung von Rab, Scholem-Rosenberg und mit Duldung von Ruth Fischer-Maslow jede Steuergegenforderung als reformistisch verurteilt, hat tatsächlich in der Praxis ihre glänzende Stellung, die sie gegen den Dawespakt von Anfang an bezogen hatte, verfehrt. Die Genossen Fischer-Maslow-Rosenberg haben, als es galt, nach Annahme des Dawespaktes ihre Wegernachheit gegen den Dawespakt an den konkreten Tagespolitischen Fragen der Steuern und Zölle zu erweisen, sich trotz allen Drängens auf die prinzipielle Ab-

berichten, festzunehmen. Die Betrügerin konnte auf frischer Tat und zwar bei einem Diebstahl in der Wohnung einer alten Frau erwischt werden. Als letztes Gebot hatte sie geklärt mehrere Wohnungen in der Convent- und Nikolaistraße behauptet zu ihren Trübs (Rentenmarkttausch, Vorhau für Wohlfahrtslieferung usw.), von denen wir berichteten, tritt ihre meist ausgeführte Absicht des Wohnungsdiebstahls hinzu. Sie ist 27 Jahre alt und stammt aus Breslau.

Tödlicher Unfall. Der Kutiger Jonsara vom hier geriet unter einen Wagen, dessen Räder über ihn weggingen und ihn auf der Stelle töteten.

Michowitz. Zu viel getrunken. Vor dem Schanklokal von Konehning wurde der Invalide Alois Duba tot aufgefunden. Infolge des zu reichlich eingenommenen Alkohols hat ein Herzschlag seinem Leben ein Ende gemacht. Ohne es zu bedenken, kann man verstehen, daß einem arbeitsunfähigen Invaliden der Alkoholgenuss das einzige Mittel scheint, sein Elend für einen Augenblick zu vergessen.

Kreuzburg. Wenn man alt wird. Der 61 Jahre alte Schmiedegeselle Kossinieder aus Wundschütz, der an einem Wehr über den Stober gehen wollte, stürzte hierbei ab, in den Stober und ertrank.

Gleiwitz. Die Geißel des § 218. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelte das Schöffengericht gegen die unverehelichte Marie S. von hier, wegen verübten Vergehens gegen das feindliche Leben. Die bisher unbescholtene Angeklagte wurde zu einer Gefängnisstrafe von 7 Wochen unter Gewährung von Strafaufschub auf die Dauer von 3 Jahren bei strafloser guter Führung, verurteilt. — Die geringe Strafe erklärt sich daraus, daß es sich hier nur um Harmlosigkeit handelt. Sonst haagelt es 3 Jahre und 3acht Haus.

Eröffnung des Rundfunksenders. Am Sonntag wurde hier der Rundfunksender dem Betrieb übergeben. Alle möglichen und unmöglichen Behörden hatten sich zur Einweihung eingefunden. Auch die „Heimatstreuen“ waren da.

Hindenburg. Betriebsratswahl. Auf der Rosten Zentrumsgrube fanden die Betriebsratswahlen statt, die folgenden Ergebnisse hatten: Liste 1 (freie Gewerkschaften) 1719 Stimmen (13 Sitze), Liste 2 (Vollständige) 247 Stimmen (1 St), Liste 3 (Vaterländische Verbände) 524 Stimmen (1 St), Liste 4 (Polen) 185 Stimmen (1 St). Ungültig waren 15 Stimmen. Ein überwältigender Sieg der freien Gewerkschaften, ermöglicht durch die praktische Einheitsfront der Kommunisten mit den anderen Arbeitern in den Gewerkschaften.

Wachsen der Arbeitslosigkeit. Das Gespenst der Arbeitslosigkeit greift auch stärker in Hindenburg um sich. Mit der Einstellung der Anstaltionsarbeiter wird die Arbeitslosigkeit eine starke Zunahme erfahren.

Brüthen. Tödlicher Unglücksfall. Sonntagabend um 8 Uhr wurde ein unbekannter Arbeiter, der an der Rosten Zentrums-Grube aus der Straßenbahn ausstieg und die Straße entlang ging, von der Straßenbahn erfasst und überfahren. Er war sofort tot. Die Personalien konnten bis jetzt noch nicht festgestellt werden, da er keine Papiere bei sich trug.

Kattow. Der Bod als Gärtner. Aus dem Volkspolizei dienst entlassen wurde der Schutzpolizei-Beamte Bod als von hier, der sich wegen versuchter Mordthat und tätlicher Beleidigung vor Gericht zu verantworten hatte. Das Urteil lautete unter Verlesung mildernder Umstände auf zwei Jahre Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust. Außerdem erfolgte die Entlassung aus dem Polizeidienst.

Lehrung beschränkt und damit es unterlassen, den arbeitenden Massen den Weg des Kampfes gegen den Staat nach dessen Annahme zu weisen.

Nur so konnte es geschehen, daß die arbeitenden Massen auf die Schamposition der Gewerkschaftsführer und des sozialdemokratischen Parteivorstandes gegen die Damesseuern und die Sozialpolitik hineinfuhren. Nur so konnte es geschehen, daß die Massen nicht von vornherein voll Erbitterung und Enttäufung die sozialdemokratische Betrugsaktion der sozialgerechten Lohnverteilung, der grundsätzlichen Zustimmung zur Lohn- und Umstrukturierung ablehnten, daß sie die Ablehnung der Oktoberaktion durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion duldeten.

Diese Fehler haben es weiter bewirkt, daß, als die Gewerkschaften im Frühjahr mit Steuerforderungen hervorkamen, die Parteiführung nicht fähig war, aber die negative Kritik an diesen Forderungen, die richtig war, hinauszugehen. Diese Fehler haben es bewirkt, daß, als die Partei schließlich mit ihrem Offenen Brief an die Sozialdemokratische Partei und an den KONGRESS zum Kampfe gegen die Damesseuern und die Sozialpolitik, dieser Offene Brief und die in ihm enthaltenen wichtigsten Vorschläge als Schwanzpolitik erschienen. Weil die Genossen Maslow, Ruth, Fischer, Kay, Scholem unterlassen hatten, in einer langen und zähen Kampagne dieses Jahres die Massen zum Kampfe gegen die Damesseuern und Sozialpolitik zu interessieren, konnten sich damals die sozialdemokratische Partei, Leitung und der KONGRESS erlauben, über den Offenen Brief mit Gleichgültigkeit hinwegzugehen. Statt daß durch die Politik der Partei in der Zoll- und Steuerfrage eine Opposition in den Gewerkschaften und ein linker Flügel der Arbeiterbewegung herausgebildet würde, der die Reformisten in die Länge nähme, wurde Einheitsfrontpolitik jener Gruppen, weil sie zu spät eingeleitet und als Masowistische Mandatpolitik aufgezogen wurde, zu einem Nachlaufen.

Die Partei muß mit allem Eifer diese Fehler, die in dem Kampf gegen den Damesseuer gemacht worden sind, erkennen. Die Abweichungen, deren die Gruppe Ruth Fischer-Maslow unter dem Einfluß der Ultralinken Scholem-Rosenberg sich schuldig gemacht haben, ihre Ablehnung des 3. Weltkongresses, der Einheitsfrontpolitik auch noch nach Frankfurt und dem 5. Weltkongress haben zur Isolierung der Partei geführt. Haben die Herausbildung eines linken Flügels der Arbeiterbewegung verhindert. Der Offene Brief des KONGRESS fordert die Durchführung der Einheitsfrontpolitik ohne die Fehler des Oktober. Aber die Durchführung der Einheitsfrontpolitik ist zugleich nur möglich unter Vermeidung der mindestens ebenso schweren Fehler der Ultralinken und der Gruppe Fischer-Maslow.

Die Partei führt diese Diskussion nicht um der Diskussion, am der Rechthaberei willen. Sie führt sie um der

Verteidigung der kommunistischen Partei willen. Indem die kommunistische Partei in dieser Diskussion zu wirklich bolschewistischen Partei sich entwickelt, erlangt sie durch diese Auseinandersetzung auch die Kraft, breite Massen der Arbeiterbewegung um sich zu fassen und im Kampfe um die Tagesforderungen die Massen auch für die Ziele des Kommunismus zu gewinnen.

Die Mlangtän

Berlin, 16. November.

Ich hatte immer das Gefühl, als ob die Galerie der Raffetmittel einer Ergänzung bedürfte. Diese Figur tritt heute in Erscheinung: der Bonbonfabrikant Mund. Ihm wird eines Tages zugedacht, daß eine seiner Arbeiterinnen Bonbons gekostet haben sollen. Ohne weitere Untersuchung, ohne die Trauer zur Rede zu stellen, fällt der Herr Unternehmer dem Spruch: „Sofort rausnehmen!“ Was auch geschieht. Unter diesen Arbeiterinnen befindet sich Frau Sadura. Die Verleumdung hat diese Geschickte aufgeweckt, um die Glaubwürdigkeit der Hauptbeschuldigung zu erschüttern. Frau Sadura gibt ohne weiteres zu, daß sie während der Arbeit einige Bonbons gegessen hat und ab und zu einige mit nach Hause nahm. Herr Mund sagt aus, daß er wegen dieser „Diebstahle“ vor einem Jahr Weisung gemacht habe. Herr Mund wiegt mit seinen 28 Jahren bereits zweieinhalb Zentner. Wahrscheinlich gehörte diese Weisung zu seinen besten Geschäften.

Basen auf Reisen

Bekanntlich sind aus der Niedersächsischen Wohnung zwei Basen gestohlen worden. Eine davon wurde auf geheimnisvolle Weise vor der Tür der Gräfin niedergelegt. Man mußte nicht, woher sie kam. Wohin die andere gegangen ist, stellte sich heute heraus: Frau Bodmer hat sie einer Majorin von Löwenicht in Berlin „geschenkt“. Auf die Frage, wie sie zu dieser Base gekommen sei, erklärt die Gräfin, sie habe sie damals von „Herrn Germersdorf“ gekauft. Merkwürdigerweise hat sie bis jetzt niemals von diesem Basenkauf auch nur ein Sterbenswortchen erwähnt (wahrscheinlich, weil sie annahm, daß sich die Basenempfängerin niemals werden würde).

Die Familie unter sich

Adolf Graf von Bodmer, der Schwager der Silberkönigin, gibt als seinen Beruf „Mittebauer a. D.“ an. Bei der ersten Hausdurchsichtigung sah er neben dem Schreibtisch, hatte die Beine übereinandergeschlagen, rauchte eine Zigarette und sagte zu dem Beamten: „Ich bin vollkommen überzeugt, daß die Gräfin gestohlen hat. In der Familie ist sie seit langem als Lügnerin und Schwindlerin bekannt. Es wird Zeit, daß sie verhaftet wird.“ Heute bestreitet Adolf diese Neuerung. Er habe nur gesagt, es gäbe Leute in der Verwandtschaft, die so

und so dächten. Was die Befürwortung der Verhaftung betrafte, habe er damit natürlich nur die Schuchhaft gemeint, daß sich die Gräfin ein Leid antun möchte. (Dieser „Selbstmordversuch“ der Gräfin wird übrigens von der Frau Oberst Bogt, die heute mit Bestimmtheit ihr und Tante Meses Eigentum unter der gräflichen Aufsicht wiedererkennt, bestätigt. Der Selbstmordversuch könnte natürlich auch nur gespielt worden sein, fügt sie hinzu.)

Ein Landgerichtspräsident in und außer Dienst

Landgerichtspräsident Ried, der bei seiner Vernehmung erklärte, er wolle den Aussagen von Polizeibeamten nicht die geringste Bedeutung bei, hat während seiner langjährigen Praxis zu den Richter gehört, die in Fällen, wo es sich nicht gerade um eine Gräfin Bodmer handelte, auf die Aussagen von Kriminalbeamten den größten Wert legte. Zur Aufklärung des Diebstahls in seiner Wohnung hat er in eigenartiger Weise beigetragen. Bei der zweiten Hausdurchsichtigung in der Wohnung der Gräfin bemerkte er Frau Sadura, also die Frau, die über seine Wäsche sowie über die Teppiche am besten Bescheid wußte. Ried wollte sie sofort nach Hause führen: „Gehn Sie auf Ihre Arbeit. Sie haben hier nichts zu suchen.“ Er mußte erst von den Beamten darauf aufmerksam gemacht werden, daß Frau Sadura zum Wiedererkennen der gestohlenen Gegenstände unbedingt nötig sei. (Währenddessen kann Herr Ried heute noch nicht mit Bestimmtheit angeben, ob ihm jenseits der Bismarckstraße gestohlen worden ist oder nicht, obwohl er einem Beamten gegenüber geäußert haben soll, die Gräfin habe ihn seit Jahren hintergangen.) Ein Zeuge erklärt (mit einem Seitenblick auf die gräfliche und niedrige Familie): „Heute stellen die alles auf den Kopf. Vor ein paar Wochen haben sie sich ganz anders ausgebrütet.“

Das „gehete WID“

Wenn wir mit der Tätigkeit der Kriminalbeamten im allgemeinen und mit ihren Maßnahmen auch in diesem Falle durchaus nicht einverstanden sind, so wäre es doch lächerlich, der Gräfin das Märchen, daß sie wie ein Glas WID „gehete“ worden sei, zu glauben. Aus den heutigen Zeugnisaussagen geht hervor, daß sie sich vor ihrer Verhaftung außerordentlich sicher fühlte. Wenn sie für die Wohnung betrat, wußte sie dem Beamten mit dem Sonnenlicht zu und veranlaßte ihren Jungen, das gleiche zu tun. Zumeilen machte sie sich auch den Spah, die Beamten an irgendeiner Ecke „zu stellen“. Einmal sagte sie: „Sie brauchen sich gar keine Mühe zu geben. Ich habe eine ganze Menge Leute, die für mich arbeiten.“ Ein seltsames Bild!

Verantwortlich für den gesamten Text: Kurt Erbe, Breslau, für die Illustration: Artur Müller, Breslau. — Verlag: Schlesische Verlags-Gesellschaft, G. m. b. H., Breslau. Druck: Neuwag-Berlin, Druckereistiftung Breslau.

Schauspielhaus
Operettenbühne
Telephon Ring 2545

Täglich 8 Uhr
Auftr. von Walter Jankuhn

Wiener Blut.
Mittwoch (Bastag), 8 Uhr:
Gastspiel des Stadt-Theaters
in neuer Vorbereitung

Der Evangelimann.
Sonnabend, d. 21. Nov.
8 Uhr
Gastspiel Elli Leux
Auftr. von Walter Jankuhn
In neuer Ausstattung
Zum ersten Male

Der Orlow
Stadt-Theater
Telephon Ring 1254 u. 6815

Spielplan vom 15. bis 22. Nov.
Sonntag, den 15. Nov., vorm. 11 Uhr
3. (musikalische) Morgenfeier
„Metaphysik“

„Länge nach Kompositionen von Borodin
Debussy, Mac-Dowell, Niemann, Regger,
Scott, Krumpholtz und Bejcey)
abends 7 Uhr
Judith und die vierzig Räuber

Montag, den 16. November, abds. 8 Uhr
Les petits riens
Herauf
Der Schatz

Dienstag, den 17. November, abds. 6 1/2 Uhr
Gastspiel Komiker Richard Schubert
von der Staatsoper in Wien

Die Reiterjäger von Nürnberg

Mittwoch, den 18. November, abds. 7 1/2 Uhr
6. Vorstellung im Abonnement
In Kravata

Donnerstag, den 19. Nov., abends 7 Uhr
Gastspiel Komiker Richard Schubert
von der Staatsoper in Wien

Kannhäuser

Freitag, den 20. November, abends 7 1/2 Uhr
Herauf

Sonnabend, den 21. Nov., abds. 7 1/2 Uhr
Judith und die vierzig Räuber

Sonntag, den 22. Novemb., abds. 7 1/2 Uhr
Der Evangelimann

Liebig-Theater
Telephon Ring 1646

Montag November 8 Uhr
Zum 1. Male
in Europa!
Adrian Singels
10
Elefanten

Brüder Rigolotto
u. Schwestern swanlon
in ihrer
amerikanischen Schan

Barbette
das Wunder am
Drahtseil und Trapez

Alex Stamer
Der Köstliche Komiker

Elli und Kati Bitter
Prima-Ballerinen
vom Palace-Theater
New-York

Karl Adler
Der rätselhafte Redner

Andréa und Théo
Exzentrisch - akrobat.
Tanztruppe

Arthur Klein
-Familie
„Das explosive
Metorrad“

Will Cunnin
Komischer Jongleur

Werner
Amoros - Comp.
Ein phantastischer
Stückentwurf

Lobetheater	Challatheater
„Das Apostelspiel“ und „Lartuff“ Montag, 16. 11., 8 Uhr	Mar Vallenberg „Die Dampfmaschine“ Montag, 16. 11., 8 Uhr
„Das Apostelspiel“ und „Lartuff“ Dienstag, 17. 11., 9 Uhr	Mar Vallenberg „Die Dampfmaschine“ Dienstag, 17. 11., 9 Uhr
„Don Carlos, Infant von Spanien“ Mittwoch, 18. 11., 8 Uhr	Mar Vallenberg „Die Dampfmaschine“ Mittwoch, 18. 11., 8 Uhr
„Don Carlos, Infant von Spanien“ Donnerstag, 19. 11., 8 Uhr	Mar Vallenberg „Familie Schmet“ Donnerstag, 19. 11., 8 Uhr
„Don Carlos, Infant von Spanien“ Freitag, 20. 11., 8 Uhr	Mar Vallenberg „Die Dampfmaschine“ Freitag, 20. 11., 8 Uhr
Zum 1. Male „Die grüne Flöte“ Sonntag, 21. 11., 8 Uhr	Mar Vallenberg „Familie Schmet“ Sonntag, 21. 11., 8 Uhr
„Die grüne Flöte“ Sonntag, 22. 11., 3 1/2 Uhr	Mar Vallenberg „Lieberlei“ Sonntag, 22. 11., 3 1/2 Uhr
„Die grüne Flöte“ Sonntag, 22. 11., 8 Uhr	Abschied Mar Vallenberg „Lieberlei“ Sonntag, 22. 11., 8 Uhr
„Die grüne Flöte“ Montag, 23. 11., 8 Uhr	Zum 1. Male „Kabale und Liebe“ Montag, 23. 11., 8 Uhr



Franz Fuchs, der Stiefelputzer.

Sie, Herr Prokurist, mit diesen Stiefeln können Sie aber unmöglich Ihrem Herrn Kommerzienrat unter die seelenvollen Augen treten, sagt Franz, denn soeben hat er sich bei mir die Schuhe mit Budo-Luxus-Paste putzen lassen, und da wäre der Gegensatz des Kontrastes doch zu groß. Kommen Sie her, greifen Sie mit Ihrem Körper Platz auf diesem Stuhle und ich werde Ihnen einmal zeigen, was Budo leistet. Das ist eine aus feinsten Edelwachsen und reinem Terpentinol hergestellte Schuhcreme, die Höchstleistung in dem Bereiche der Lederputzmittel, das Vollkommenste, was auf Grund reicher Erfahrungen aus vorzüglichstem Material geschaffen werden konnte. Die Schnelligkeit, mit der ich fast mühelos Ihre jetzt recht bestaubten und bekleckerten Stiefel in schwarze Kristallspiegel verwandle, wird Sie verblüffen, aber die Haltbarkeit dieses Glanzes, auch bei feuchtem Wetter, und die Geschmeidigkeit, die das Leder erlangt, wird Ihnen ebenso wunderbar vorkommen. Budo-Luxus-Paste ist das Ideal nicht nur aller Herren und Damen, die auf elegantes Schuhwerk halten, sondern auch das Ideal aller, die dieses Schuhwerk putzen müssen. Budo finden Sie in allen guten Geschäften, und die es noch nicht haben, legen es sich auf Verlangen zu.

Budowerk, chem. Fabrik, Schwandorf, O. B.

Die aller billigsten Anzüge, Hüte und Paletots

kaufen Sie immer noch aus erster

im Herren-Bekleidungs-Haus
Nikolaistr. 48
S. Bortzke

Sprechapparate

Apparate in Ersatzteile: Mandoline, Laute, Ziehharmonika, Violin, Teilzahlgehalt. Mücke, Wiednerstr.

Gummi elast. Schnürriemen ohne Schließen zu binden
Paar 20 Pfennig
sowie alle Sorten von Maccorriemen liefert
Will Lange
Breslau, Friedr.-Wilh.-Straße 17 II
Händler u. Wiederverkäufer verlangen: Sond.-Off.

Fries-Brot „Edelweiß“
Weiß- und Süßwaren in hoher Qualität
Fritz Grieger, Mehlgasse 30

Bettfedern Daunen, Inletts Wäsche aller Art
kaufen Sie reell und billig im
Spezialgeschäft
E. Liebig, geb. Köhler
Neue Taschenstr. 1 a, I. Etg.

Der Parteiarbeiter ist erschienen!

Preis 20 Pfg.

Literaturobleute wollen sofort Bestellungen machen, damit die folgenden Nummern rechtzeitig geliefert werden können.

Proletarische Literatur - Vertriebsstelle
Schlesien
Max S j o c h e r, Breslau 10
Trebniiger Straße Nr. 50

Schulz Herz
Blücherplatz Nr. 4

Heinrich Sindermann
Altwasser
Weiß- u. Woll- u. Schnittwaren

Prolet. Erziehungs-Gemeinschaft
Otto Rühle
spricht am 19., 20. und 21. November in Breslau über
„Sozialistische Erziehung“
Karten für alle 3 Abende
Mk. 1.00
zu haben bei
Rich. H. bner, Zigarrengeschäft
Bismarckstrasse 38

Lokales

Breslau ohne Licht

In der letzten Stunde verlagte gestern der elektrische Strom. Die innere Stadt lag vollkommen im Dunkeln. In den Außenbezirken war die Lichtsituation so stark, daß die Arbeit unterbrochen werden mußte. — Vom städtischen Elektrizitätswerk wird dazu folgendes mitgeteilt: Die Störung beim städtischen Elektrizitätswerk ist durch das Wärmelaufen des Hauptlagers der 10000-Kilowatt-Durbin entstanden. Da gleichzeitig noch eine andere Maschine schadhaft wurde, haben die anderen in Betrieb befindlichen Maschinen infolge Überlastung ausgeleiert. Es sind infolgedessen die Innervorteile Stromlos geworden. Am Donnerstag wird voraussichtlich wieder volle Spannung vorhanden sein.

Der Wahlzettel

Alle wahlberechtigten Personen, die sich am Wahltag während der Wahlzeit außerhalb Breslaus aufhalten, sowie diejenigen, die nach Ablauf der Einspruchsfrist ihre Wohnung nach einem anderen Wahlbezirk verlegt haben oder ohne ihr Verschulden in die Wählerliste nicht eingetragen sind, können auf Antrag im städtischen Wahl- und Meldeamt, Rathaus, Zimmer 59, einen Wahlzettel erhalten. Die Angaben, die die Ausstellung eines Wahlzettels begründen, sind glaubhaft nachzuweisen. Wird der Antrag schriftlich gestellt, so ist die hiesige Wohnung des Wählers anzugeben. Die Ausstellung der Wahlzettel wird am 27. November, nachmittags 3 Uhr, geschlossen.

Konferenz des RFB. Gau Schlesien

Am Sonntag, den 15. d. Mts. fand in Bunzlau im Gasthof zur Hoffnung eine Konferenz des RFB statt, die von zahlreichen Ortsgruppen besucht war. Die Bunzlauer Kameraden hatten das Tagungslokal mit roten Fahnen, Emblemen und Bildern unserer Führer prächtig ausgeschmückt. Vor Eingang in die Tagungsordnung wurde des verstorbenen Kameraden Franie durch Reden von den Wägen gedacht. Dann hielt Kamerad Kasper, Mitglied der Bundesleitung des RFB, ein instruktives politisches Referat, in dem er einen Überblick über die Weltlage gab und besonders die kommunistischen Tendenzen der Ententemächte aufzeigte. Ein Vertreter der RFB der RFB und des Bezirksausschusses der RFB, erläuterte die Konferenz und wie es auf die nächsten Tagesaufgaben der Klassenbewussten Arbeiterschaft hin. Er erwähnte besonders die Opfer der Klassenjustiz und des weissen Terror und appellierte an die Frontkämpfer, dafür zu sorgen, daß die Rote Hilfe vom RFB, maßföhllich unterstützt wird.

Am Nachmittag referierte der Gauleiter Kamerad König-Breslau über den Stand der Organisation und die nächsten organisatorischen Aufgaben. Er stellte fest, daß trotz verschiedener Mängel der RFB sich gut entwickelt. Obwohl mit der Gründung des RFB in Gau Schlesien erst im Februar 1925 begonnen wurde, sind in fast allen größeren Plätzen der Provinz Ortsgruppen gegründet worden, die in ständiger Aufwärtsentwicklung begriffen sind. Die Rote Hilfe, die in Schwidniz, G. S. und Breslau verankert wurden, haben die Wechsellieferung des RFB außerordentlich gestärkt. Notwendig sei es jetzt, die innere Organisation auszubauen, Funktionäre zu Schulern und auch in Gewerkschaften und Betrieben praktisch zu arbeiten. Ferner behandelte Kamerad König das Verhältnis des RFB zum Roten Jungsturm, der keine selbständige Organisation, sondern nur eine Unterabteilung des RFB ist, sowie das Verhältnis zur Roten Frauenliga, die eine selbständige Organisation ist und nur im Kartellverhältnis zum RFB steht. An das Referat schloß sich eine ergebnisreiche Aussprache, sowie der Klassenbericht. Dem Referat wurde Entlastung erteilt. Der dritte Punkt der Tagesordnung behandelte verschiedene Anträge der Ortsgruppen. Abgelehnt wurde ein Antrag Breslau, der Ortsgruppen 10 Pfg. statt bisher 5 Pfg. pro Beitragskarte zu zahlen. Ein Antrag derselben Ortsgruppe, die Funktionäre mit Referentmaterial auszurüsten, wurde der Bundesleitung überwiesen. Auch der des Roten Jungsturms Breslau, RFB-Mitglieder im Alter von 16-21 Jahren dem RFB zu überwiesen, wurde ebenfalls der Bundesleitung überwiesen. Angenommen wurde ein Antrag RFB-Breslau, überall wo RFB-Ortsgruppen bestehen, Ortsgruppen des Roten Jungsturms zu gründen. Ein Antrag G. S. h. den Gau Schlesien in Untergruppen einzuteilen, wurde angenommen, ebenso ein Antrag Wagners, der die Einschränkung der Roten Hilfe empfiehlt. Ein Antrag Wagners, die Karte Kamerad in Roten Kamerad zu ändern, wurde einstimmig abgelehnt. Ein Antrag, eine illustrierte Bilderbeilage zu schaffen, wurde bescäftigt aufgenommen und der Bundesleitung überwiesen. Damit war die Tagesordnung erschöpft und die Konferenz wurde nach der einstimmigen Wiederwahl des Gauleiters und nach Ergänzung der Verteilung durch einige neue Mitglieder mit einem kräftigen Rot Front geschlossen. Nachdem gegen die auswärtigen Delegierten, begleitet von den Bunzlauer Kameraden unter Vorantragung der Roten Fahne und unter Gesang revolutionärer Lieder zum Bahnhof.

Wohnungsnot?

Vom Mieterbund wird uns geschrieben: Die Verpflichtung, die Wohnungsnot zu beheben, besteht besonders bei Reich, Staat und Gemeinden. Grobartige Reden werden gehalten, und Versprechungen in Hülle und Fülle gemacht, wo aber die Gelegenheit vorhanden ist, auch wirklich helfend einzugreifen und Wohnungen zu schaffen, da verlagern diese Körperschaften vollständig. In Ober-Rungsdorf bei Freiburg steht bereits seit dem Jahre 1922 das frühere Mattheiserkrankenhaus fast vollkommen leer. Besitzer dieses Rungsdorfer Krankenhauses ist die Regierung. An und für sich ist es schon scharf zu beurteilen, daß seit dieser Zeit nichts unternommen worden ist, um diese Räumlichkeiten zur Behebung der Wohnungsnot zu verwenden. Daß aber die Regierung alle Anstrengungen zunichte macht, die darauf hinauslaufen, ist einfach nicht zu verstehen. Auf wiederholtes Drängen hat der Amtsvorsteher einmal den Versuch gemacht, einige Zimmer in diesem Gebäude zu beschlagnahmen. Er hatte die Absicht, obdachlose Familien darin unterzubringen. Dieses wurde jedoch stets verweigert, und zwar im Auftrage der Regierung durch den Baurat Alf in Schwidniz. Auch die Anträge der Gemeinde, welche das Grundstück, in dem 40 Mietwohnungen bequem Wohnung erhalten können, zu kaufen beabsichtigten, wurde stets abgelehnt. Zu demselben Grundstück gehört außerdem noch ein Gärtnerhaus, in dem drei Familien untergebracht werden können. Dieses Gärtnerhaus geht dem Verfall entgegen, ohne daß von seiten der Regierung oder des Ortsbezirks irgend etwas unternommen wird. Hierbei wollen wir hervorheben, daß fortwährend launisch-willkürliche Arbeiter von auswärts hergeführt werden, die dann, wenn sie orts- und wohnungslos sind, der Gemeinde zur Last fallen.

Wie wählen die Frauen?

Durch Jahrzehnte hindurch hatte das Wort „Mann“ einen stärkeren, einen mächtigeren Klang als das Wort „Frau“. Wählend wurde bis zum allergrößten Teil Spielzeug des Mannes. In den proletarischen Familien wies die Frau durch die Sorgen und das Leid viel mehr ins Leben hineingeführt. Sie mußte aus wirtschaftlicher Not Wasche und Wuscheln annehmen; sie mußte in die Fabrik gehen, sie mußte Belagungen aushalten. Das notwendige kapitalistische System, das das Familienleben zerstört, stellt die Frau neben den Mann in den Produktionsprozess. Dadurch wird die Frau energischer, fester dem Leben gegenüber. Selber bleibt der weitaus größte Teil der Frauen in feinen Denken rückständig, reaktionär. Bei den meisten Männern — auch bei den Klassenbewussten Arbeitern — die sehr großen Einfluß auf die Frauen haben, ist der Herren-Standpunkt gegenüber dem Weib noch lange nicht überwunden. Wie oft hört man Arbeiter bei irgendwelchen Gelegenheiten so geringföhlend aussprechen: „Meine Frau? — Ach die...“

Die Rückständigkeit der Frauen tritt am deutlichsten bei Wahlen in Erscheinung. Einige Zahlen mögen das veranschaulichen. Bei den letzten Landtagswahlen in Baden wurden bei einer Wahlbeteiligung von 55 Prozent insgeamt 5345 Männer und 5880 Frauenstimmen abgegeben. Bei den Hauptparteien ergibt sich folgendes Bild:

	Männer	Frauen
Zentrum	1570	3014
Sozialdemokraten	1052	727
Demokraten	727	634
Rechtshock	293	284
Deutsche Volkspartei	411	414
Kommunisten	658	298

Auch bei der Reichstagswahl am 7. Dezember 1924 wurden in mehreren Orten Deutschlands Männer- und Frauenstimmen getrennt abgegeben. Aus der Statistik, die darüber gemacht wurde, ist festzustellen, wieviel Frauenstimmen auf je hundert Männerstimmen entfallen:

Beim Zentrum	153
Bei den Deutschnationalen	107
Bei der Deutschen Volkspartei	107
Bei den Sozialdemokraten	97
Bei den Demokraten	95
Bei den Kommunisten	70

Diese Statistiken zeigen mit aller Deutlichkeit, daß die Frauen die Feinde der Reaktion sind. Wenn geben sie in der Hauptsache ihre Stimme?

Da sind die Deutschnationalen. In dieser Partei sind meistens die großen, fetten Agrarier, denen wir die Schutzhölle ver-

hanken. Sie haben uns oft genug durch ihre Handlungen bewiesen, daß sie gegen die Arbeiterkassen sind. In der Deutschen Volkspartei sind die Leute vom Schwermetall, die Fabrikarbeiter und Industriellen. Können die Arbeiter für die Arbeiterkassen sein, die die Arbeiter jeden Tag ausbeuten, ihnen den Lohn abbauen und den Arbeitslosen?

Das Zentrum will eine christliche Partei sein. „Liebe denen Nächsten wie dich selbst.“ Die Führer im Zentrum sind die Kohlenbarone, die Gutsbesitzer. Lieben sie ihren Nächsten wie sich selbst? Es sind viele Arbeiter beim Zentrum, aber nach ihrem Willen wird dort Politik gemacht, sondern nach dem Willen der Gutsbesitzer.

Alle diese Parteien leben in der Hauptsache von Steuern der Arbeiterfrauen. Welche Frau kann sich aber erlauben, daß eine dieser Parteien jemals für die Interessen der Arbeiter eingetreten ist? Immer haben sie geschlossene Front gemacht gegen die Arbeiter, die im Interesse der Arbeiter gestellt wurden.

Es gibt nur eine Partei, die maßföhllich immer und überall für die Arbeiter eintritt. Die kommunistische Partei vertritt den Arbeiter keine goldene Berge. Sie ist die Partei im Reichs- oder Landtag, in die Landesparlamente, in Preußen oder in die Stadtverordnetenversammlung in Berlin, überall werden die Kommunisten immer gegen die Deborierung und Hilflosigkeit der Kapitalisten und die Anträge stellen, die im Interesse der Arbeiter und armen Bauern liegen.

Über sie können durch ihre Arbeit in den Parlamenten keine goldenen Berge für die Arbeiter gebaut werden. Wenn die Arbeiterkassen nicht kämpfen um ihre Forderungen, die in den Anträgen der Kommunisten niedergelegt sind, und die bürgerliche Mehrheit nie die Anträge der Kommunisten annimmt. Die kommunistische Partei sagt dem Arbeiter und auch den Hausfrauen: Ihr müßt vor allem draußen kämpfen um mehr Lohn um den Achtstundentag, gegen die Lohnerhöhung gegen die Meistbegünstigung usw. Nur durch diese Kämpfe können wir das Kapital wirklich schlagen und einen Arbeiterstaat aufbauen, welcher Arbeiter und armen Bauern in Europa und es gemacht haben.

Wer bei dieser Arbeit helfen will, der muß seine Stimme der RFB geben und alle im Irrenden in den Weg laufen. Frauen aufstehen und sie heranziehen, das gleiche zu tun. Gelegenheit ist gleich wieder geboten.

Am 20. November finden die Wahlen zu den Provinzial-Landtagen und Reichstagen statt. Es ist nötig, auch in diese Parlamente Arbeitervertreter zu schicken. Die bürgerlichen Parteien dürfen keine Mehrheit durch Frauenstimmen erhalten. Aber auch keine Frau darf zu Hause bleiben und denken: „Die Wahlen nützen ja doch nichts.“ Jede Arbeiterfrau muß durch ihre Stimmentgabe für die Kommunisten demonstrieren, daß sie nicht an Bekämpfung ihrer elenden Wirtschaftslage durch die bürgerlichen Parteien glaubt, sondern daß sie kämpfen will für eine Herrschaft der Arbeiter.

Heute abend 7³⁰ Uhr Sitzung der Betriebszellenoblenste, Dr. und Vertreter, Rotes Kartell im Lokale Trebnitzer Str. 15. Thema: Reorganisation. Referent der Zentrale anwesend.

Diese Zustände müssen endlich einmal die Öffentlichkeit beschäftigen, denn so kann das für die Zukunft nicht mehr weiter gehen und werden sich hoffentlich die Abgeordneten im Landtag und auch im Reichstage dieser Sache annehmen und durch geeignete Schritte für Abhilfe sorgen.

Die Gemeinde selbst kämpft mit den Wohnungslosen schon jahrelang vergeblich gegen die Regierung an und ist das Verhalten der Verantwortlichen einfach nicht zu verstehen. Bei nahe erweist es den Anschein, als ob in irgendeiner Weise dieses Krankenhauses als Spekulationsobjekt dienen und verwertet werden soll. Wir erwarten von der Regierung, daß sie sich endlich ihrer Pflicht bekennt, für Abhilfe der Wohnungsnot Sorge zu tragen und dieses Gebäude für Wohnungen Verwendung findet.

Breslauer Volkstheater. Die Mitglieder der Volksbühne erhalten auch zu der zweiten Sonntag-Nachmittag-Vorstellung innerhalb des Wallenberg-Gastspiels zu der Aufführung von Schnitzlers „Rebelle!“ am kommenden Sonntag nachmittag, in der Wallenberg den alten Weirung spielen wird, eine beschränkte Anzahl von Eintrittskarten zu sehr ermäßigtem Preise von Donnerstag morgen ab in der Geschöftsstelle Albrechtstraße 32.

Optische Signale für die Straßenbahn

Eine besondere Gefahrenquelle bilden — besonders am Abend — die einzelnen Straßenkreuzungen, an denen die Straßenbahnen in andere Straßenzüge einbiegen, während ein anderer Teil geradeaus weiter fährt. An den bedeutendsten Kreuzungen hat man Weichensteller aufgestellt, die dort stets die Weichen bedienen. Dies ist jedoch nur selten der Fall, vielmehr muß in den meisten Fällen der Wagenführer die Weiche selbst stellen. Gar oft wurde da besonders am Abend über die Weiche hinweggefahren und es mußte erst wieder längere Zeit rangiert werden. Man hat nun versuchsweise — bisher an drei Kreuzungen, unter anderem auf der Hofenstraße und Klosterstraße — eine Vorrichtung angebracht, die am Abend dem Wagenführer die jeweilige Stellung der Weiche anzeigt. Die Weiche ist mit einem Mast verbunden, an dem ein erleuchteter Pfeil die Richtung anzeigt. So daß der Wagenführer sofort seine Maßnahmen treffen kann. Man beabsichtigt, diese Zeichen nach und nach an sämtlichen derartigen Punkten anzubringen.

Max Wallenberg im Thaliatheater

„Familie Schimel“ und „Der Herr Minister“
Im Thaliatheater gastiert jetzt Max Wallenberg. In Komödien, davon die eine schon längst in den Abgrund einer wohlklingenden Vergessenheit versenkt wäre und die andere auch nicht einen Tag ihr jammervolles Bühnendeck überlebt hätte, wenn, ja wenn nicht Wallenberg diese Stücke als das Sprungbrett zur Entfaltung seines meisterhaft-vollendeten Könnens gebrauchen würde. Da ist die „Familie Schimel“, ein behärrter Schwanz aus der alten, guten Zeit, mit dem nötigen Familienschnitt und dem schließlichen Familienglück, und dann „Der Herr Minister“, das ist alles, wie es gerade ist.

Dann eine neue Komödie „Der Herr Minister“, von einem Literarisch-abstrusen Paul Schirmer. Man stelle sich einmal Courts-Mahler vor, die vom politischen Ehrgeiz angezehrt, als Schirmer der nationalen Belange auftritt und politische Reden nur schreibt, und man kann sich dann so ungefähr den Inhalt dieser mit Verlaub zu sagen „Komödie“ ausmalen. Das Bürgerium, das niemals die Zeit vergehen kann, in der es vor dem proletarischen Wöbel auf den Knien lag, verläßt jetzt, sich auch literarisch dafür zu rächen, wenn auch natürlich in den Schranken, in die es nun einmal durch seine geistige Impotenz und Unfruchtbarkeit gebunden ist. Es ist der schönste Beweis für die reife Kunst Wallenbergs, daß er aus die er beiben, mehr oder minder faden Aufspielen, Menschenhymnen herauszuwaschen läßt, so voll von lebender Mensch-

lichkeit, daß sie weit über den stöckigen Moment ihrer Bühnenwirksamkeit hinaus lebendig und unvergänglich bleiben. Wie etwa in der „Familie Schimel“ der Neppomuk Zawada. Wie ihn Wallenberg spielt, dienen von kletter Maschendrahtklänge angefüllten Mann, der durch seine isolierte Gesamtheit verfließend ist und bis ins Letzte mittrauert geworden ist, da erkennt man, daß nur in den Schulbüchern Komödie und Tragik klare Gegensätze sind, daß aber hier durch eine Veränderung des Senses, durch eine vage Gefahr, durch das Auslösen eines Bildes der Komödie plötzlich in die Tragik umschlägt und den Rahmen der geschäftlichen Aufführung überschreitend, wird vor uns auf einmal die Seele eines bestimmten Kleinbürgerlichen Typs vergebend.

Im „Herr Minister“ agiert Wallenberg in der Rolle des sozialdemokratischen Funktionärs, der über Nacht durch den Umsturz Minister wird. Doch wissen wir, daß die Eigenschaften dieses Arbeiterhyps historische, durch gewisse geschichtliche Umstände bedingte Eigenschaften sind, und nicht allgemeine Eigenschaften des Arbeiters schlechthin. Die anderen Schauspielere waren Statisten, und nicht immer gute. Überflüssig ist es, den außerordentlich reichen Bekal für Wallenberg zu erwähnen.

Parteiveranstaltungen

- Breslau. Bezirk Ost. Dienstag, den 17. November, abends 7 1/2 Uhr. Bei Franke, Funktionärssitzung.
- Bez. West. Freitag, 20., Mitgliederber. 7 Uhr Blaue Ode Bericht von der Reichskonferenz. Roman. Wahlen.
- Gleiwitz. Mittwoch, den 18. November, abends 8 Uhr. Unterbezirksleiterführung im „Reichsadler“.
- Donnerstag, den 19., abends 8 Uhr. im „Reichsadler“, Mitgliederversammlung. Thema: Reorganisation. Ref. der Zentrale anwesend.

Roter Frontkämpfer-Bund

- Breslau. Alle Abteilungen Mittwoch 9 Uhr früh in den Abteilungslokale in Marzhanjurg zur Landpropaganda. Nord mit Nordost, Zentrum mit Süd. Die übrigen einzeln Dienstag 8 Uhr. Material Trebnitzer Str. 50 abholen.
- Bez. Nord. Dienstag, abends 7 1/2 Uhr. bei Matthes in Wierstraße 7, Mitgliederversammlung.
- Gleiwitz. Dienstag, abends 7 Uhr. Mitgliederversammlung.

Berichtungsanzeigen

- Breslau. RFB-Metallarbeiter Mittwoch früh 9 1/2 Uhr im Roten Löwen Zusammenkunft. Gombahlsierende willkommen.
- Gemeinde u. Staatsarbeiter, Fraktionssitzg. Mittw. 18. um 10 Uhr Schmeiderberg, Neue Weltgasse 40.
- RFB. Mittwoch, den 18., vorm. 10 1/2 Uhr. Sitzung des Bezirksvorstandes.

(Schluß des redaktionellen Teiles.)

Ein Schlag in der Dose ist die erstklassige Schutzreine Wado. Denn sie gibt dem teuren Schutz doppelte Lebensdauer. Reines Zerkennit und edelste Wachs sind die Hauptbestandteile der selben. Benutzen Sie deshalb stets nur Wado und denken Sie immer daran: Wado pflegt das Leder und glänzt im Nu, es gibt nichts Besseres für Ihre Schutz.



Betrieb und Werkstatt

Alle Zeileneinstellungen

müssen die Mitglieder sofort zusammenberufen und die Kampagne „Partei in Not“ organisieren. Die Beschlüsse dieser Zeileneinstellungen sind der Parteipresse und den Bezirksleitungen mitzuteilen. Die Sammelaktion muß sofort beginnen. Alle eingehenden Gelder sind ohne Verzögerung an den Parteikassierer weiterzuleiten (auch Teilbeträge). Genossen! Verliert keine Stunde Zeit!

2 Millionen Markten je 50 Pf.

muss die Partei umsehen. Das kann nur erreicht werden, wenn alle Parteiorgane, alle Mitglieder die größten Anstrengungen machen, wenn mit der Sammlung sofort begonnen wird.

Folgen des Antreiber'systems

Wumag in Görlitz.

(Von unserem Betriebsberichterstatler)

In der Wumag (Werk II) waren im September 2 schwere, 26 mittlere und 544 leichte Verletzungen zu verzeichnen. Im Oktober 2 schwere, 20 mittlere und 645 leichte. Diese Verletzungen sind zum allergrößten Teil auf das Antreiber'system, welches in den letzten Monaten ganz besonders einsetzte, zurückzuführen.

So hat u. a. die Werkleitung im Oktober einen planlosen Abbau der Instandsetzungsarbeiten vorgenommen. Ein Kran war in Reparatur. Die Werkleitung veranlaßte, daß die Wagen mit Winden hochgehoben werden. Kopfstützen, die aber nicht aufstehend (sonst liegt man raus) gingen die Arbeiter an diese Arbeit. Ein Wagon wiegt weit über 300 Zentner. Die Winde trägt aber im Höchstfalle nur 50 Zentner. Auf den Winden ruhte somit eine Heberlast und so kam das, was von vielen Arbeitern geahnt wurde. Die Arbeiter waren unter dem Wagon mit den Winden beschäftigt. Der Wagon kam ins Rollen — ein Arbeiter kam darunter zu liegen, während die anderen sich noch im letzten Augenblick retten konnten. Einen Arbeiter wurde ein Stück Fleisch am linken Oberarm abgequetscht. Der Kollege, welcher unter dem Wagon zu liegen kam, wurde sofort mittels Auto nach dem Krankenhaus gebracht.

Dieser eine Unfall zeigt uns, in welcher brutaler Weise mit dem Leben der Proleten gespielt wird. Nur um das jehtmal verfluchte Profit zu willen. Hätte man nur eine halbe Stunde gewartet, dann wäre der Kran wieder in Betrieb gewesen, und das Unglück wäre vermieden worden.

Wie lange wollen sich die Arbeiter in der „Wumag“ diesen Zustände noch gefallen lassen? Kollegen! Zeigt diesen Ausbeutern endlich einmal die Zähne. Erinnerung an die Oktobertage im Jahre 1923, wo ihr die Werkleitung oftmals gezwungen hat, eure Wünsche und Forderungen zu erfüllen.

Was man den Arbeitern alles bietet

Montage Röhle und Hensel in Görlitz.

(Von unserem Betriebsberichterstatler)

Die Stadt Görlitz läßt bekanntlich ihr Stadttheater umbauen. Die ausführende Firma für moderne Bühnenanlage, Röhle und Hensel, Berlin-Mittenau, mußte sich bei Erstellung des Bauauftrages verpflichten, Görlitzer arbeitslose Facharbeiter zu beschäftigen. Das ging unter zwei Monteuren der Firma sehr gut, bis eines Tages Herr Montageleiter Cillinska erschien, um nunmehr die Leitung selbst zu übernehmen. Sofort legten die Schwierigkeiten ein: Lohn-, Überstunden- und Steuerreklamationen waren an der Tagesordnung. Schon nach wenigen Tagen kam es zu Differenzen in deren Verlauf sämtliche Görlitzer von dem Herrn fristlos entlassen wurden. Tags darauf wurde die Angelegenheit durch Verhandlung in der Form erledigt, daß die verbleibende Zeit bezahlt wurde und noch sonst annehmbare Zugeständnisse für die Verletzten gemacht wurden. Am Sonnabend, den 7. d. Mts., wurde den ledigen Kollegen gekündigt; selbige sollten am Mittwoch, den 11. November, zur Entlassung kommen.

Nun bemerkten am Dienstag, den 10. d. Mts., gleich nach Schichtbeginn einige Schloßer, wie der Widerstand des Anlagers eines Elektromotors schmerzte. Sie riefen sofort die auf dem Bau beschäftigten Elektriker herbei, durch deren schnelles Eingreifen großer Schaden verhütet wurde. Herr Cillinska läßt darauf fristlos sämtliche Görlitzer Schloßer, auch die verheirateten. Aus seinen dunklen Reden war zu entnehmen, daß er den Verdacht böswilliger Vernichtung habe, obwohl die Kurbel zum Anlassen im Besitz eines Monteurs der Firma war und die Entlassenen mit der Anlage nichts zu tun gehabt hätten, teilweise ihre Arbeitsstätten sogar ganz wo anders hätten. Fürwahr ein sauberes Verhalten!

zahlung der lebensrentigen Wohnzulage zu ermöglichen, und in Form von 25 Millionen langfristigen Kredit zur Modernisierung der Werke, um diese lebensrentigen zu gestalten.

Die Waldenburger Reformisten, mit dem Bezirksleiter des B.M. Hoffmann an der Spitze, wollen den Waldenburger Kumpels einreden, diese Ablehnung der Staatshilfe durch die Kommunisten sei „Verteil“ an den Interessen der Bergarbeiter. Sie verfahren dabei nach der Methode: „Lasset den Dieb!“ Weil es aber doch noch einige Kumpels gibt, die den Reformisten glauben, deshalb ist es notwendig, auf diese Frage näher einzugehen. Die Tatsachen sind folgende:

In Waldenburg kämpfen drei Gruppen, jede um ihre Interessen. Diese Gruppen sind: Die Grubenbesitzer, die Kumpels und die reformistischen Führer.

Was wollen die Grubenbesitzer? Sie wollen ihren Gewinn steigern. In Form der durch den Landtag bewilligten 600 000 Mark sollte der Staat für sie einen Teil des Lohnes an die Kumpels zahlen, ohne dafür irgendeine Gegenleistung zu erhalten. — Mit Hilfe der langfristigen Kredite wollten die Grubenbesitzer, ohne das eigene Kapital anzugreifen, die Werke modernisieren, das heißt wiederum, ihren Profit steigern. Der gegen die Stimmen der Kommunisten gefasste Beschluß des Landtages lag also durchaus und ausschließlich im Interesse der Grubenbesitzer.

Was wollen die Kumpels? Sie wollen Arbeit, kurze Schichtdauer und einen Lohn, der es ihnen ermöglicht, die zum Leben nötigen Lebensmittel und Kleider zu kaufen.

Das sind die Forderungen, welche die Bergarbeiter an ihre sogenannten „Arbeitgeber“ zu stellen haben. Es ist klar, daß die Bergarbeiter kein Interesse an der Steigerung des Profites der Unternehmer haben. Die Unternehmer müssen ihnen für ihre schwere Arbeit die Löhne zahlen, die sie im Interesse der Erhaltung ihres Lebens und ihrer Familien verlangen müssen und nicht der Staat soll den Unternehmern die Profits sichern und stolpern aus Zuschüssen, die letzten Endes ja doch wieder aus den Taschen der Arbeiter gestohlen und Steuern gegeben werden. Es ist eine gemeine demagogische Verdrehung der Tatsachen, wenn die Sozialdemokraten behaupten, die Kommunisten hätten durch Verweigerung der Staatszuschüsse an die Unternehmer die Arbeiter im Stich gelassen.

Durch Staatszuschüsse kann der Verfall der kapitalistischen Wirtschaft nicht verhindert werden. Das Höchste was damit erreicht werden kann, kann eine kaum merkbare Verlangsamung des Verfallses sein. Klassische Beispiele dazu sind in England und im Ruhrgebiet bereits gegeben. Die Ruhrindustriellen haben 115 Millionen Staatsgelder bekommen. Sie haben ihre Werke modernisiert und haben dann die Proleten auf die Straße geworfen. Die Wirtschaftskrise im Ruhrgebiet ist durch diese Staatszuschüsse nicht beseitigt worden. Im Gegenteil, diese hat schärfere Formen angenommen. Das Einzige, was durch diese Zuschüsse erzielt wurde, war die Steigerung der Profite der Ausbeuter.

Was wollen die reformistischen Führer? Sie hatten sich zu entscheiden, ob sie mit den Kumpels gegen die Grubenbesitzer kämpfen oder mit den Grubenbesitzern gegen die Kumpels Partei nehmen wollten. Sie haben sich entschieden. Sie haben sich mit den Grubenbesitzern verbunden, haben gemeinsam mit diesen bei der Regierung um Staatszuschüsse gehandelt, haben gemeinsam mit allen bürgerlichen Parteien im Landtag dafür gestimmt und haben die Lohnforderungen fallen lassen, weil sie — ein Herz und eine Seele — von der „Unrentabilität“ der Waldenburger Gruben angeblich überzeugt waren.

Es war schon gewesen — wenn das preussische Staatsministerium sich erweichen ließe und die Millionen herausgerückt hätte. Die Grubenbesitzer hätten ihre Betriebe modernisieren und die Kumpels von neuem betrieblös machen! Denn in Wirklichkeit hätten sie die Dinge herabgesetzt und so den Kumpels gezwungen, für den alten Lohn zu arbeiten. Die Gewerkschaftsführer hätten die Kunde von ihrem „Sieg“ hirtenschafpaunen können.

Das Staatsministerium hat die Zahlung der 600 000 Mark und die Bereitstellung der 25 Millionen Kredit abgelehnt. Und trotzdem sind die Grubenbesitzer noch immer die Gewinner. Wenn sie auch die Staatszuschüsse nicht erhalten haben, so haben sie doch von den — ach so naiven und vertrauensfertigen Gewerkschaftsführern den Bericht auf die bereits für verbindlich erklärte Lohnverhöhung erhalten. Die Gewerkschaftsführer sind die Blamierten. Die Forderungen bezahlten die Kumpels. Sie sind auf den Stand von dem Monat September zurückgeworfen. Die Lohnverhandlungen Anfang des Monats November sind an der Unmöglichkeit der Grubenbesitzer gescheitert.

Was nun?

Die Kumpels sind nun doch gezwungen, um ihre Forderungen weiterzukämpfen.

Für jeden Kampf aber muß eine Organisation und eine Führung vorhanden sein. Die Organisation ist vorhanden. Das ist der Bergarbeiterverband, das sind die Belegschaften. Die reformistischen Führer hatten sich mit den Grubenbesitzern verbunden und hatten unter der Parole „Ruhe und Ordnung“ die Kumpels im Stich gelassen. Sie können nicht Führer sein. Es muß eine neue Führung geschaffen werden.

Die Kumpels müssen aus ihren Reihen diejenigen Kollegen in die Leitung des B.M. und für die Führung ihres Kampfes wählen, die sie von Anfang an vor dem Betrug der Unternehmer und der alten reformistischen Führer gewarnt haben. Sie müssen denjenigen Kameraden die Leitung übergeben, die gewillt sind, mit den alten reformistischen Methoden des Verhandels zu brechen, den Kampf mit allen Mitteln zu führen und zu organisieren.

Wie ist dieses zu erreichen?

Sofort muß die Arbeit der oppositionellen Gewerkschaften in den Betrieben ausgenommen werden.

Im Mittelpunkt der ganzen Aufklärungspropaganda muß der Kampf gegen die Grubenbesitzer stehen. Die Voraussetzung zum Erfolg in diesem Kampf ist die Loslösung der Kumpels von dem reformistischen Einfluß und deren Einziehung in die rote Front. Die Kommunisten werden mit allen Kräften helfen, diese Aufgabe schnell zu lösen.

Die kommunistische Partei ist die Vorhut des Proletariats. Sie kämpft nicht für irgendwelche eigene, sondern für die Interessen des Proletariats. Das Proletariat hat die kommunistische Partei geschaffen, damit diese es im Kampf gegen die Ausbeuter zum Siege führt.

Die nächsten Monate werden zeigen, ob die kommunistische Partei Waldenburgs ihrer Aufgabe gewachsen sein wird.

Der Weg ist klar ausgezeichnet.

Waldenburger Kommunisten an die Arbeit!

Waldenburger Bergarbeiter! Der Kampf bleibt euch nicht erspart! Rüstet!

Ruhrentschädigung — elender Schwindel

Unter General Brudersgan, das „Ruhr-Schö“, das Blatt der Ruhr-Bezirksleiter, veröffentlichte nachstehende Zeilen: „Als großes Fandemal wurde angeündigt, daß den Arbeitern die ruhrentschädigung während der Ruhrbesetzung eine Entschädigung ausbezahlt werden soll. Das hat lange genug gedauert. Als dann die Höhe der Entschädigung bekannt wurde, da mußte sie die heftige Empörung der arbeitenden Bevölkerung hervorrufen, denn sie betrug nicht mehr als lumpige 80 Mark. Aber wer nun glaubte, wenigstens diesen schäbigen Rest einer Entschädigung nutzlos verwenden zu können, der hat sich wiederum geirrt. Es sind jetzt die „Richtlinien“ zur Auszahlung der 80 Mark erschienen und was diese an „Hornschälungen“ enthalten, ist einfach haarsträubend und läuft darauf hinaus, daß überhaupt kein Profit, die 80 Mark bekommt. So wird in der Presse darüber berichtet.“

Voraussetzung für die Gewährung

der Zuwendung ist Bezug der Erwerbslosenunterstützung infolge Arbeitslosigkeit in der Zeit vom 1. Juli bis 31. September 1923. Bei Arbeitnehmern des Bergbaues genügt der Nachweis einer Arbeitslosigkeit vom 1. August bis 30. September 1923, wenn sie außerdem in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Juli 1923 einen Verdienausfall von mindestens 30 Prozent erlitten haben. Hiermit sind die Voraussetzungen indes nicht erschöpft. Diejenigen Personen, welche nachweisen können, daß sie den vorstehenden Bedingungen entsprechen wüssten, nämlich außerdem im Jahre 1924 entweder als Arbeiter in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Mai 1924 einen Verdienausfall von 40 Arbeitstagen oder als Angestellte in der Zeit vom 1. Januar bis 30. September 1924 einen Verdienausfall von 40 Arbeitstagen erlitten und hierfür

Erwerbslosenunterstützung bezogen

haben oder im Bergbau als Arbeiter oder Angestellte in der Zeit vom 1. Januar bis 30. April 1924 einen Verdienausfall von insgesamt 30 Arbeitstagen erlitten und hierfür Erwerbslosenunterstützung bezogen oder in der genannten Zeit durch Einlegung von Feuerschichten einen Verdienausfall von 30 Arbeitstagen erlitten haben.

Eireil und Ausfertigungstage zählen bei der Berechnung der Zeit der Arbeitslosigkeit nicht mit. Es ist also von vornherein für die Gewährung der Beihilfe notwendig, daß die vorgezeichneten Fristen zusammenfallen, d. h., daß nur Personen die Beihilfe erhalten, die nur 1924 und 1925 innerhalb der angegebenen Frist erwerbslos waren und Unterstützung erhalten haben. Die weitere Bestimmung, daß Personen wie die Empfänger von Erwerbslosenunterstützung zu behandeln sind, die aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge laufende Unterstützung bezogen haben, wenn sie die Erwerbslosenunterstützung lediglich deshalb nicht oder nicht mehr erhalten konnten, weil sie ausgereizt waren (d. h. wegen Ablaufs der Unterstützungsdauer) aus der Erwerbslosenfürsorge gestrichen werden mußten, oder weil ihr früheres Einkommen die für die Erwerbslosenfürsorge vorgegebene Grenze überschritten hat, kann nur wenigen Personen zugute kommen.

Weitere Voraussetzung ist,

daß die Personen, die nach dem vorstehend Gesagten als Empfänger der Zuwendung in Frage kommen, mindestens einen Arbeitsvertrag, einen erwerbsfähigen Ehemann oder zwei fähige Familienangehörige unterhalten müssen, mit denen sie in häuslicher Gemeinschaft leben.

Zum Schluß ist noch notwendig, daß die betreffenden Personen während der für das Jahr 1924 bestimmten Fristen und wieder am 1. Oktober 1925 ihren gewöhnlichen Aufenthalt innerhalb des besetzten Gebietes einschließlich der seit dem 15. August 1924 genannten Bezirke gehabt haben. In den bisher gemachten Mitteilungen war gelagt, daß mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers Beginn und Ende der Fristen innerhalb deren Arbeitslosigkeit nachgewiesen sein muß, anderweitig festgelegt werden können, sofern die Dauer der Fristen die gleiche bleibe. Eine derartige Anordnung ist nicht getroffen worden.

Die Feststellung, wer nach den vorstehenden Richtlinien für die Gewährung der Unterstützung in Frage kommt, trifft der Arbeitsnachweis von Amts wegen. Der Arbeitsnachweis wird dem Bezirksfürsorgeverband die Personen namhaft machen, die für die Gewährung der Beihilfen in Frage kommen.

Die Auszahlung erfolgt alsdann durch das Fürsorgeamt.

Der Grundbeitrag der Zuwendung beträgt 80 Mark, er erhöht sich um jeden Angehörigen, dem in der häuslichen Gemeinschaft Unterhalt gewährt wird, um 10 Mark. Einmal Teilbetrag bis zur halben Höhe der vorgezeichneten Beträge können auf Antrag Arbeiter und Angestellte erhalten, die zwar innerhalb der vorgezeichneten Frist nicht arbeitslos geworden sind, jedoch entweder während dieser Zeit infolge Stilllegung ihrer früheren Arbeitsstätte außerhalb ihres Wohnortes gearbeitet haben und zu erheblichen Mehraufwendungen genötigt waren, weil sie während der ganzen Dauer der Arbeitslosigkeit von ihren Familien getrennt leben mußten, oder im Jahre 1924 während der vorgezeichneten Fristen arbeitslos geworden, aber nachher infolge Invalidität oder Berufsunfähigkeit Sozialrentner geworden sind.

Arbeiter! Erwerbslose! Wer bekommt nun eigentlich die 80 Mark? Mit unerhörter Raffinesse werden die Arbeiter betrogen, während den Kapitalisten Millionen „Ruhrentschädigung“ in den Taschen geworfen wurden.

Die Reformisten hatten die Bewilligung der 115 Millionen an die Ruhrindustriellen warm befürwortet. Jetzt — nachdem es auch dem Dämnesten klar wurde, daß das nur für die Ausbeuter, nicht aber für die Ausbeuteten eine Hilfe war — müssen sie alles drausgeben, um den neuen frechen Betrag an den Arbeitern zu verteilen.

Hauptstütze die Waldenburger Bergkumpels sollen daraus lernen, daß jegliche Staatshilfe nur den Ausbeutern zugute kommt. Jetzt werden sie verstehen, weshalb die Kommunisten im Landtag gegen die Staatshilfe an die Waldenburger Grubenbesitzer stimmten.

Staatshilfe an die Waldenburger Grubenbesitzer?

Ein Waldenburger Bergarbeiter schreibt uns: Bei der Abstimmung im Landtag hat die kommunistische Fraktion den Antrag des Staatschusses in den Reihen abgelehnt, die für die Waldenburger Grubenbesitzer Staatszuschüsse verlangten. Diese Zuschüsse sollten gegeben werden einmal in Form der je 200 000 Mark für die Monate November, Dezember, und Januar, um den armen Grubenbesitzern die Aus-

Die erste Reichsparteikonferenz der KPD.

Referat Thälmanns über die Taktik der Partei. — Korreferat Scholem. — Diskussion. — Annahme der Resolution über die innerparteiliche Lage mit 227 gegen 30 Stimmen.

Genosse Thälmann

zu Beginn seines Referats über die innerparteiliche Lage einen Überblick über den Kampf der linken Strömungen seit 1918. Die kommunistische Partei mußte unter schweren Bedingungen nachholen, was die russische kommunistische Partei in einer zwanzigjährigen Entwicklung sich geschaffen hatte: eine klare marxistische, revolutionäre Orientierung. Thälmann gibt sodann einen Überblick über den Inhalt des Offenen Briefes sowie eine Analyse der Ergebnisse der bisherigen Diskussion.

Im Vordergrund des jetzigen Kampfes steht vor allem die Hauptgefahr, die Ultra-links. Es sind Strömungen in unserer Mitgliedschaft, die außerordentlich stark empfänglich sind für ultralinke Gebärden. Das ist der Kernpunkt, den wir von dieser Stelle aus klar ansprechen müssen. Sogar im Vertrauensrat waren noch bis vor kurzem und sind heute noch solche Tendenzen vorhanden, die sich in einer konterrevolutionären Stimmung äußern. Thälmann erklärt zum Beispiel, als schon vorher ermittelte, die Ultra-links, die die Beschlüsse der Erweiterten Zentralkomitee in der Frage der Normalisierung eine Realisierung der Komintern bedeuten.

Was waren die drei unvermeidlichen Resultate des falschen Systems der Politik der Partei? Erstens die Isolierung der Partei von breiten Arbeiterschichten, insbesondere der Verlust ihrer wichtigsten Positionen in den Gewerkschaften, zweitens die Verkümmern des innerparteilichen Lebens und drittens die langsame Entfremdung der Partei von der K. P. D.

Von den negativen und positiven Erscheinungen, die die letzte Parteikonferenz gezeigt hat, haben wir in den letzten Wochen mehr positive Erscheinungen festgestellt können.

Welche Gefahr ist momentan die Hauptgefahr in der deutschen Partei? Zweifelslos die ultra linke Gefahr.

Genossen! Wir sind gezwungen, das Wesen der ultra linken Abweichungen zu zeigen in den verschiedenen Formen, wie sie sich heute darstellen. Ich glaube, man kann zusammenfassen, daß erstens die ultra linken Abweichungen sich zeigen in der Verneinung der Einheitsfronttaktik bei den verschiedensten politischen Aufgaben, die uns praktisch gestellt sind, zweitens in der Verleugern der Selbstbeschränkung, daß die Genossen nicht verstehen, daß die deutsche kommunistische Partei nicht nur einen Massencharakter bekommen muß, sondern daß sie fest verwurzelt sein muß in den Massen, drittens in den antilaboristischen und antikomunistischen Stimmungen, die sich bei den Ultra links in der deutschen Partei zeigen und die in Zusammenhang stehen mit den gleichen Tendenzen, wie wir sie in der Bourgeoisie gegenwärtig finden. Und ich bin der Meinung, daß in erster Linie die Genossen Scholem und seine Freunde dazu beitragen, daß im jetzigen Stadium, wo die Partei über die verschiedenen Punkte des Offenen Briefes diskutiert, diese Tendenzen gestärkt werden, indem die Genossen um Scholem die kommunistische Partei und die Komintern bezichtigen, daß sie eine Rechtsabweichung wolle, daß sie eine Entwicklung in der Partei festlegen, die das Steuer nach rechts werfen. Wenn man solche demagogischen Warnungen in der Partei erläßt und dauernde Beschuldigungen an die Wand malt, so bedeutet das bei der Verschärfung der Westorientierung der Bourgeoisie und der Weiterentwicklung der Linksorientierung in der Arbeiterschaft die größte Gefahr.

Man muß wirklich einen Unterschied machen zwischen den Ultra links Führern und den hinter ihnen stehenden Arbeitern. Ich bin gezwungen, auf einige politische Fragen mit einzugehen, die im Zusammenhang mit dem Vorhergesagten stehen. Auf der Augenkonferenz erklärte Genosse Dengel, die Rechte stehen uns momentan näher als die Ultra links. Genossen, man kann es anders ausdrücken. Aber die Tatsache, daß auf dieser Konferenz keine besondere politische Plattform der Rechte vorliegt, die Tatsache, daß die Ultra links eine vollkommen andere politische Grundausfassung in ihrer Plattform vorlegen, die Tatsache, daß 33 ultra linke Delegierte hier sind, ist ein Beweis dafür, daß die Situation so ist, wie sie der Genosse Dengel zum Ausdruck gebracht hat. Ein Verschweigen aus Freigebit bedeutet, diese Tatsache nicht sehen zu wollen.

Genosse Thälmann geht in seinen weiteren Ausführungen auf die Differenzen ein, die mit den Ultra links in verschiedenen wichtigen politischen Fragen aus der letzten Zeit bestehen. Der Redner schilbert die Stellung des 3. K. zur Preußenfrage und die Ablehnung dieser Stellungnahme durch die Ultra links.

Die Frage dieser vier und 1. sollen wir den Mißtrauensantrag der Deutschnationalen unterstützen, und 2. sollen wir, wenn wir ihn nicht unterstützen wollen, einen selbständigen Mißtrauensantrag einreichen? Wir haben uns gefast: nachdem man 8 oder 9 Monate in Preußen dauernd die deutschnationalen Mißtrauensanträge unterstützt hat, ist den Genossen in den Betrieben die Möglichkeit genommen worden, politische Argumente anzuführen für die politische Stellung der Kommunisten in der Preußenfrage. (Zuruf: Sehr richtig!) Und wir haben die Pflicht, wenn wir die Braun-Severing-Regierung führen wollen, auch politische Argumente in den Vordergrund zu stellen, die allen Arbeitern verständlich sind. (Zuruf: Scholem: Nur diesmal nicht kürzen!) Aber wenn wir uns der Stimme enthalten bei einem Antrag der Deutschnationalen, so heißt das noch nicht, daß wir das System Braun-Severing dulden, führen oder ihm etwa eine längere Atempause geben wollen, sondern wir lehnen das Gebot für Severing ab, sein Budget, und werden von uns aus, wenn es uns beliebt, den Vorstoß machen und werden auch von uns aus Mißtrauensanträge stellen.

Dann die Berliner Frage. In der Frage Berlin haben wir ebenfalls mit Scholem politische Differenzen gehabt. Wir haben einen Antrag eingereicht zur Verrechnung der Reichskassen mit der SPD. Eine selbstverständliche politische Handlung über die es in der kommunistischen Internationale keine verschiedenen Meinungen mehr geben sollte. Die vorige Parteiführung ist bei anderen Fragen in Dortmund, Offen usw. viel weiter gegangen.

Die Genossen, die die Eisenverbundung abgelehnt haben, haben etwas abgelehnt, was 1907 bis 1912 bei den Bolschewiki immer aufrecht erhalten worden ist. Die Bolschewiki sind zusammengegangen mit den Menschewiki und Lenin schrieb zu gleicher Zeit, daß die Menschewiki auf dem rechten Flügel der Bourgeoisie stehen. Sinowjew hat auf dem 5. Weltkongress sogar gesagt: die Sozialdemokratie steht auf dem linken Flügel der Bourgeoisie. Trotzdem wurde eine Eisenverbundung von Lenin in den Vordergrund gestellt und die russische Partei hat, ohne die bolschewistische Linie zu verlassen, sich diese Linie entwickeln lassen.

Au der Frage des Ausschusses Schönlaufs weist Thälmann darauf hin, daß Scholem in gegen den Ausschluß Schönlaufs kämpfte und sich bei der Ablehnung der Stimme

enthielt. Genosse Scholem ging dazu über, gegen den Ausschluß Schönlaufs zu stimmen (Sört, hört!). In Verbindung mit einem Artikel von Paul Frölich in der „Internationale“ über die Frage der rechten Gefahren erklärt Thälmann, daß in Deutschland noch eine rechte opportunistische Brandler-Gruppe bestünde und daß in Chemnitz Genossen diese Gruppe heute noch unterstützen.

Ich frage den Genossen Frölich und seine Freunde, ob sie bereit sind, sich klar zu trennen von den Brandlerleuten, einen ersten Kampf gegen diese Genossen zu führen. Ja oder nein? Auch in dieser Frage muß auf dieser Konferenz eine klare Antwort erfolgen.

Vielleicht: haben diese Genossen aus dieser Gruppe in verschiedenen Artikeln in der Presse ihre eigenen Fehler anerkannt? Ich glaube, sagen zu können, nein, und zwar deswegen nicht, weil wir gesehen haben, daß die Genossen bei der Beurteilung des Offenen Briefes in der Mehrzahl ihrer Artikel — bis auf ganz wenige Ausnahmen — dazu übergehen, alles das zu wiederholen, was sie in den letzten anderthalb Jahren zum Ausdruck gebracht haben, als das allein richtige zu halten. Die Genossen sollen antworten: sind sie bereit, das 3. B. Bedingungen zu unterstellen oder nicht? Bis jetzt ist in den erschienenen Beiträgen in der Presse dies noch nicht klar genug zum Ausdruck gekommen.

Eine fünfte Frage ist: Haben die Genossen der Rechten ihre Fraktion aufgelöst? Und wenn sie ehrlich sind, werden sie zweifelslos zugeben müssen, daß heute noch eine rechte Fraktion existiert.

Eine sechste Frage, die meiner Ansicht nach die wichtigste ist: Wie steht ihr zum 5. Weltkongress? In der Frage 3. B. der Stellung Frölich's, Thälmann's, Kadel's, die auf dem 5. Weltkongress einen abweichenden Standpunkt zum Ausdruck brachten?

Zum Schluß fordert Genosse Thälmann, daß die Parteikonferenz die Diskussion über den Offenen Brief in der deutschen Partei abschließen müsse. Die Partei wird sich gegen die Demagogie führender Genossen zu wehren wissen und auch mit klaren Mitteln ihre Rechte verteidigen. Auf dieser Konferenz muß es heißen: Heran an die praktische Arbeit auf der neuen Linie. (Langandauernder Beifall.)

Korreferat Scholem.

Redner bemerkt eingangs, daß die Parteidebatte zu spät und auch in Form und Inhalt schlechthin geführt worden sei. Sie werde geführt mit der Behauptung, daß eine Gruppe innerhalb der Partei nicht mehr auf dem Boden der Grundtatsache der Komintern stehe. Die Debatte, welche innerhalb der Partei vor dem Frankfurter Parteitag geführt worden sei, sei viel freier und viel ausgiebiger gewesen. Die Konferenz hat die Aufgabe, die Klärung der Parteidebatte in dem Sinne durchzuführen, daß alle Gruppen, die hier politisch auftreten, die Möglichkeit haben, nach dieser Konferenz im Rahmen der Partei zu arbeiten. Die leninistischen Grundausfassungen wurden in der Debatte nicht angefaßt, aber es sei zu prüfen, wie weit in den tatsächlichen Fragen die Partei in Gefahr kommt, die Grundfragen zu verfehlen.

Man beliebt es heute so darzustellen, als ob die Auffassung des Zentralkomitees sozusagen erledigt sei in der Komintern. Eine sehr bequeme Methode, einen Hund für tot zu halten, der lebt. Aber ich glaube, diese Auffassung ist nicht so, sie ist außerordentlich lebendig.

Redner schilbert hierauf die Stellungnahme der Ultra links zu den tatsächlichen Fragen im Kampf gegen die Brandler-Zentrale und bemerkt, daß die heutigen Debatten wieder anknüpfen an die Diskussion nach dem Leipziger und Frankfurter Parteitag. Er behauptet, Thälmann habe die theoretische Plattform der ehemaligen Mittelgruppe angenommen. Unsere Auffassungen, die wir in Frankfurt niedergelegt hatten, werden heute für falsch erklärt. Weil wir bei unserer ersten Ansicht geblieben sind, die wir von Frankfurt bis zum 5. Weltkongress gehabt haben, sind wir Antikomunisten und Antibolschewisten. Der Brief der Exekutive gilt unserem Kampf in der Vergangenheit. Er gibt dem Frankfurter Parteitag eine andere Rolle, als wir sie ihm gegeben haben. Dies ist die entscheidende Frage. Der Sinn des Offenen Briefes ist der, die Mittelgruppe hatte auf dem Frankfurter Parteitag Recht und nicht die Linke. Die Gruppe der alten Linken Ruch-Fischer, Maslow und Scholem haben die Partei verantwortlich geführt bis zum Mai-Zentralauschuss. Maslow und Ruch Fischer haben sich nach dem Mai-Zentralauschuss von dieser Gruppe getrennt. Die Grundlinie vom Frankfurter Parteitag bis zum Mai-Zentralauschuss ist richtig gewesen. Wir waren nicht einverstanden mit den späteren Vorschlägen über Volksloshtheorie, Präsidentenwahl, Preußenfrage usw. Der 10. Parteitag wurde in standloser Weise vorbereitet. Er erledigte nicht die Stimmung der Mitglieder wider. Mit den Aufgaben, die der Offene Brief stellt, sind wir einverstanden. Ein Teil des Offenen Briefes jedoch behandelt die Stellung der Linken zur Vergangenheit und gibt der Mittelgruppe und den Rechten die Möglichkeit, die Parteiführung wieder in die Hand zu nehmen. Die Ruch-Fischer-Gruppe hat ihr wohlverdientes Ende gefunden. Einige letzte Mobilisierer ziehen noch herum.

Ich komme jetzt zu einer Frage, die für mich im Mittelpunkt steht und die ich für eine entscheidende Frage halte, zu der Frage der Preußenpolitik, die angefaßt auf Grund des Offenen Briefes vom Zentralkomitee gemacht wird. Hier können wir an einem praktischen Beispiel die Probe auf das theoretische Gremple machen. Hier schreiben sich die Kletterlarven. Die Ausnutzung der Gegenstände darf — das ist ein alter leninistischer Grundsatz — nicht so weit gehen, daß wir die eine Gruppierung als das kleinere Übel vor der Arbeiterschaft hinstellen. Damit zeigt sich klar, daß die Partei ins Schlechte abgeirrt ist. Gerade, Genossen, wo die letzte Entscheidung vor der Mitgliedschaft der Partei steht, heute zeigen wir euch einmal die Linie, die wir verfehlt haben, nach dem Frankfurter Parteitag durchzuführen. Und nach einmal zeigen wir euch die Linie, die die Linke 5 Jahre in der KPD vertreten hat und rufen euch auf, zu entscheiden für diese Linie die der kommunistischen Partei ermöglichen wird die Palme des Sieges in der historischen Stunde zu erringen. (Beifall bei den Ultra links.)

Beurteilung der KPD.

Vertreter der K. P. D. Genossen, im Namen des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Bolens begrüße ich eure Konferenz und wünsche euch, daß ihr die Arbeit für die Gesundung der Partei zu Ende führt. Dies tue ich desto lieber, da in der Durchführung eures Zentral Ausschusses unter Genosse Domstl im Namen des 3. B. der polnischen Partei den deutschen Ultra links Hilfe geleistet hat. Ein paar Wochen

später hat unser 3. B. eine Resolution angenommen, die sich gegen die neue Taktik in Deutschland und Frankreich wandte und die falsche Linie der Komintern als Richtung nach rechts darstellte. Das politische 3. B. ist jetzt bei der Meinung, daß unsere Juni-Resolution ein ultralinker Fehler war, und daß die Vorwürfe, die Komintern nehme eine Wendung nach rechts vor, falsch sind und daß solche Vorwürfe eine Alibide auf die revolutionäre Einheitsfronttaktik sind gerade in dem Moment, wo die Einheitsfronttaktik die Voraussetzung der Mobilisierung der Massen unter kommunistischer Führung ist. Deshalb hat sich das 3. B. der K. P. D. Bolens gegen die Stellung des Genossen Domstl gewandt, der seine ultralinken Auffassungen nicht aufgegeben hat.

Wie in Deutschland, so auch in der polnischen Partei, haben wir eine Krise. Was sind die Ursachen dieser Krise? In dem richtigen Kampf, den unsere Parteien gegen die Rechten geführt haben, sind jedoch den Ultra links Konzessionen gemacht worden. Jetzt aber blüht die allgemeine Lage der kommunistischen Parteien eine elastische und lebendige Taktik, und gerade jetzt hat sich gezeigt, daß keine Führer sich nicht bereit haben von ultra linken Stimmungen. Gerade jetzt stehen diese Führer vor der ganzen Situation vollkommen ohnmächtig und hilflos da. Statt die Vorbedingungen der Revolution zu beschleunigen auf dem Wege der Organisierung der Massen in Teilkämpfen und zwar mit Hilfe der Mandatertaktik, vertreiben die ultra linken Führer nur über die Revolution zu philosophieren. Mit diesen ultra linken Überreden, auch mit der Behauptungsfähigkeit und Zweideutigkeit der Gruppe Fischer-Maslow muß Schluss gemacht werden. Wir begrüßen den Brief des Exekutivkomitees an die deutsche Partei und den Willen der ganzen K. P. D., auf Grund dieses Briefes die Partei zu konsolidieren. Die schweren Verhältnisse der Illegalität unserer Partei sind die Ursache, daß bei uns in Polen die Krise sich etwas verzögert. Aber wir sind überzeugt, daß unsere Partei, die jahrelang unter dem Zarismus geschlossen mit den Bolschewiki marschierte, ihre Fehler corrigieren wird und auch auf Grund der kommunistischen Linie im Kampf gegen ultra linke und rechte Abweichungen sich konsolidieren wird. Trotz der laufenden Verhaftungen, trotz der hundert Jahre Zuchthaus, trotz der unterdrückten Nationalitäten gegen die Zäsuren der Kapitalistenoffensive, gegen die Heranziehung Bolens zum Antifolkslistischen Kriegsbündel, für die Arbeiter- und Bauernregierung, (Beifall.)

Diskussion über die Taktik der Partei.

Partei (Köln) spricht zuerst zur Preußenfrage. Gen. Sinowjew hat sich mit diesem Problem auseinandergesetzt und hat betont, daß die Bolschewiki niemals eine sozialdemokratische Regierung gestiftet hätten, um somit den Deutschnationalen zu helfen. Auf Grund eines Gesprächs mit Maslow erklärt Redner: Maslow weist von sich den Vorwurf, einen westeuropäischen Leninismus statuierten zu wollen. Auch will er nicht als Führer der Ultra links gegen die Einheitsfronttaktik gelten. In der Gewerkschaftsfrage habe Maslow seit 1922 eine feste Haltung eingenommen.

Gen. erklärt, daß er nicht im Namen der Gruppe Ruch-Fischer-Maslow spricht. Die Gruppe war im Kampf gegen Brandler die führende Gruppe. Trotz aller Fehler erkennt man doch an, daß unter Führung dieser Gruppe ein Fortschritt in der Bolschewiklerung gemacht worden ist. Es stimmt nicht, daß wir seit Frankfurt eine Gruppe von böswilligen und ignoranten Intellektuellen und eine solche von guten Professorennen hätten. Gerade in der Gewerkschaftsfrage hat Maslow den stärksten Kampf geführt. Die Gruppe Ruch-Fischer-Maslow hat gegen die Ultra links gekämpft, und zwar noch vor dem Mai-Zentralauschuss. Wir alle begingen Fehler, 3. B. verstanden wir zuerst nicht die Frage der Gewerkschaftseinheit. Gewiß, für die Durchführung der richtigen Politik sind momentan die Ultra links die größere Gefahr als die anderen, aber man sollte nicht mit mechanischen Maßnahmen eingreifen.

Weber: verteidigt sich gegen einige Unrichtigkeiten und Behauptungen, die nach seiner Ansicht im Referat des Genossen Thälmann enthalten sind. Es wird von dem Vertreter der Exekutive gesagt, die Ultra links seien nicht imstande, auch nur einen sozialdemokratischen Arbeiter zu gewinnen. Dazu möchte ich nur als Beispiel anführen, daß es in meinem Heimatbezirk erst vor kurzem möglich war, in einer freigezwirtschaftlichen Funktionärerversammlung einen weiteren Kandidaten zu wählen. Genosse Sinowjew hat selbst gesagt, daß wir sechs Monate Zeit brauchen, um die politische Kursänderung durchzuführen. Macht darum dem lächerlichen Spiel ein Ende, daß man die Ultra links als Antibolschewisten hinführt.

Gen. Meher: Das Referat Scholem beweist, daß die Ultra links nichts von der Diskussion und den Aufgaben der Partei verstehen. Der Vorwurf, daß man den Zustand des Vor-October wiederherstellen will, trifft gerade auf die Ultra links mit ihrem engeren Fraktionsgeist zu. Fraktionsgeist bei einer Führung ist viel schlimmer als Fraktionsbildung bei einzelnen Genossen.

Genosse Thälmann fragte: Besteht nicht eine rechte opportunistische Brandlergruppe? Ich antworte darauf zugleich für die Genossen, die den Brief an den X. Parteitag geschrieben haben: Es besteht keine rechte, Brandlerische Fraktion, es besteht aber eine Fraktion, die wegen ihres oberhalbfähigen Kampfes gegen den ultra linken Kurs in der Partei als Rechte bezeichnet werden ist.

Die zweite Frage lautet: Hat sich die Gruppe Meher-Frölich-Weber klar von den Brandlerleuten abgegrenzt? Ich erkläre in Bezug auf Frölich und Thälmann: Wir haben bemüht in ihren Erklärungen auf dem V. Weltkongress und in ihren Erklärungen auf dem V. Weltkongress und auch den Sigmunden der Erweiterten Zentralkomitee, daß sie die Lehren aus dem Oktober gezogen haben. Insofern solbarteieren wir uns nicht mit ihnen und führen den Kampf gegen die politischen Auffassungen, die von ihnen vertreten und ausbreitet erhalten werden. Aber der Kampf der Ultra links gegen den Brandlerismus war ein Kampf gegen die Komintern!

Die weitere Frage des Genossen Thälmann lautet: Hat die Gruppe ihre Fehler anerkannt in den letzten anderthalb Jahren? Welche Fehler der letzten anderthalb Jahre meint der Genosse Thälmann: die Frölich-Weber und ich begannen haben? Als ich im ersten Zentralauschuss nach dem Frankfurter Parteitag den Kampf gegen den Damesplan durch Aufstellung von Steuerforderungen und anderen Teilforderungen veranlaßte, war das richtig?

Die weitere Frage ist, ob rechte Gefahren in der KPD bestehen. Selbstverständlich bestehen sehr ernste rechte Gefahren, die begründet sind in der objektiven Situation; rechte Gefahren, die begründet sind in der subjektiven Parteilage und ihrem

je länger ultralinken Kurs; rechte Gefahren, die bestehen durch den Kurswechsel, wo man ihn falsch verstehen und interpretieren kann, wie Schulant, der auf unser Verlangen ausgeschlossen wurde. Ich erkläre hier, wir werden an erster Stelle stehen und mit dem Kampf gegen diese rechten Abweichungen zu führen.

Der Genosse Thälmann fragt: Wie steht ihr zum V. Weltkongress? Wir erkennen die Beschlüsse des V. Weltkongresses bedingungslos an. Wir haben gekämpft zum Teil gegen die Richtungsänderung einzelner Beschlüsse gegenüber den Ultralinken und den Recht-Anhängern. Wir werden kämpfen gegen die Richtungsänderung der Beschlüsse, die von anderer Seite kommen sollten.

Thälmann hat weiter gefragt, ob wir bereit seien, bedingungslos das ZK der Partei zu unterstützen. Selbstverständlich werden wir das ZK in Übereinstimmung mit der Komintern gegen die ultralinken und rechten Gefahren und gegen diese Schwankungen, die bis zu Heinrich und Schwan bestehen, zusammen mit dem ZK und der Komintern unterstützen.

Wenn der Genosse Thälmann im Auftrag des Zentralkomitees, vielleicht auch im Auftrag der Exekutive — ich weiß das nicht — uns fragt: seid ihr bereit, diese rechte Fraktion auszuführen, so beantwortet wir diese Frage mit Ja und wir erwarten (Zuruf: also haben sie beschlossen) und hoffen, daß alle Fraktionen genau so wie wir das hier tun, diese Erklärung abgeben werden, daß die Fraktionen über die fraktionelle Einigung und der fraktionelle Geist in der Partei verschwinden.

Kühne (Berlin): Gen. Schölem beendete seine Ausführungen mit dem Satz, diese Politik habe bei der SPD, dazu geführt, daß die Revolution von 1918 verkauft wurde. Damit stellt er die Politik des Offenen Brises in Parallele mit der SPD-Politik von 1918. Die Ultralinken beschreiben sich, daß man sie scharf bekämpft. Ich kann aber beweisen, daß sie tatsächlich einen Kampf gegen die Exekutive führen. (Zuruf: einige konkrete Beispiele an.) Wir werden in Berlin gemeinsam mit allen den Kräften, die auf dem Boden der Exekutive stehen, den Kampf gegen ultralinken führen.

Vogel (Leipzig): Es wäre notwendig, daß sich die Genossen nach dieser hier verabschieden würde. Bei der jetzigen Diskussion sollte man es ablehnen, daß das Hauptthema dieser ersten Parteikonferenz der Geist von Heidelberg ist. Nach meiner Ansicht will man nicht nur gegen Schölem, sondern auch gegen eine Reihe anderer Genossen hauptsächlich vorgehen. Zu der vom Gen. Schölem angeschnittenen Frage der Gewerkschaften bin ich ebenfalls der Ansicht, daß tatsächlich damit ein neues „Sochsen“ vorbereitet wird.

Magdalena: Ich stelle fest, daß weder vom Gen. Schölem, noch sonst einem Freunde ein Antrag an den Bezirk Wasserlaute eingegangen ist, daß er in unserem Bezirk sprechen will. Wenn die Arbeiter des Bezirks Wasserlaute den Genossen Schölem ablehnen, so ist es eben Sache der Arbeiter und nicht eine Frage der Parteidemokratie. Ihr seid Feinde der Komintern, weil ihr es ablehnt, die Vorbedingungen zu schaffen, aus den Massen näher zu bringen. Die deutsche Arbeiterbewegung beginnt immer mehr zu erkennen, daß gegenüber der Politik von Locarno der „rationalen“ Luther-Regierung eine energiegelbe proletarische Politik gemacht werden muß, und das bedingt, daß wir nicht eine Politik machen, die uns von den Massen trennt.

Albert (Chemnitz): Die Diskussion muß abgeschlossen werden mit der Tendenz: Zusammenstoß auf einer gesunden Linie. Gerade in Chemnitz wurde eine weitestgehende Diskussion geführt. Wir haben nicht zugelassen, daß aus der Parteidemokratie Fraktionsgeist gemacht wird. Die Vorwürfe des Vertreters der Exekutive und diejenigen des Gen. C. Meyer sind in Bezug auf die Chemnitzer Organisation unzutreffend. Genosse Schölem will uns unterwerfen, daß wir die Sozialdemokratische Partei hinüberziehen wollen als Ganzes. Es kommt darauf an, die SPD zu differenzieren in die Funktionäre und die breite Arbeiterkraft, und die letztere für uns herauszugreifen.

Jacke (Berlin): Der Elli-Brüci spricht von einer Normierung der Partei und von Parteidemokratie. Die heutige Konferenz widerspricht dem. Die Gruppe Ernst Meyer lehnt die linke Politik seit Frankfurt ab, und das muß uns zu denken geben. In der Diskussion wurden die Proleten aus den Betrieben dadurch beeinflusst, daß man sagte, die Ultralinken sei

gegen die Exekutive. Man spricht von „Wahlmännlichkeit“. Aber ist die Situation nicht schon gegeben (Locarno, Beschlüsse Schulants usw.) für eine Massenmobilisation? Der Eingeständnis ist so zu werden, daß eine rechte Gefahr besteht. Gen. Dengel gab zu, daß eine rechte Fraktion besteht, meine aber, man könnte mit dieser Fraktion zusammenarbeiten. Gerade im 6. Bezirk in Berlin haben die Rechten wiederholt Fraktionsbildungen aufgezogen. Man muß schon sagen, daß man jetzt nur gegen die Ultralinken mit organisatorischen Maßnahmen vorgehen will. Wir dürfen das nicht und werden uns dagegen wehren.

Wolff (Sena): Wir haben schon seit langer Zeit die Unterwerfung der Partei auf die Betriebe vorgenommen und durch den Giftbrief wurde diese Arbeit nicht gestört, sondern — selbstlich gefördert. Und wir haben schon eine Reihe schöner Ergebnisse erreicht. Es war bei uns ebenso, wie in anderen Bezirken, daß die Genossen aus Furcht vor den rechten Gefahren eine aktive Parteiarbeit leisteten. Die Gewerkschaftsarbeit im Betrieb selbst noch heute unter diesen Erscheinungen. Die Arbeit, die die ultralinken Korrespondenten ihre Aufgaben zu erfüllen glaubten, ist bezeichnend. So hat z. B. der Genosse Schworz mit allerhand Mitteln aus der „Noten Fabne“ die rechten Abweichungen beweisen wollen. Er sagt, daß die Partei durch Maßüber noch keinen Arbeiter gewonnen habe. Wir Genossen in Thüringen haben das Vertrauen zu der jetzigen Zentrale und hoffen, daß an verantwortliche Stellen der Partei nur ergebnisbringende Genossen gestellt werden.

Schwan (Essen): Meine Stellungnahme hat sich seit der Unterzeichnung des Offenen Brises in Weimar nicht um ein iota geändert. Wenn meine Auffassung über die rechten Gefahren einer Befestigung bedürfte, so verweise ich nur auf die Ausführungen des Gen. Krödel in der „Internationalen“. Die rechte Gefahr ist in der SPD abfolgt. Gen. Schulant ist wegen liquidatorischer Tendenzen aus der Partei ausgeschlossen worden. Wenn ich gegen den Ausschluß Schulants war, dann nur, weil die Anhänger Schulants nach dem vollzogenen Ausschluß eine verdeckte rechte Politik treiben werden.

Rosenberg: Wenn ein innerparteilicher Kurs schon so weit ist, daß immer neue Konstellationen geschaffen werden, so muß daran etwas nicht richtig sein. Die Chemnitzer Genossen haben aus der Brandler-Zeit gelernt, was rechte Gefahren sind. Wenn man eine einheitliche Partei schaffen will, muß man jetzt die rechten Gefahren stärker bekämpfen. Es war doch sehr charakteristisch für die ganze Parteiliquidation, wie Genosse Ernst Meyer hier auftrat. Die anderen Erfolge, die die Partei z. B. bei den Wahlen in Berlin errungen hat, wird die Partei nur ausführen können bei einem festen innerparteilichen Kurs. Ich spreche der Exekutive den guten Willen dazu nicht ab, doch das Amtieren des Exekutive-Vertreters heute gibt mir nicht die Garantie dafür.

Braun: Die Frage der rechten Gefahren muß heute in der Partei anders gestellt werden als früher. Die Arbeit der Partei für die nächste Periode wird keine Arbeit in hochgepanneter revolutionärer Situation sein, sondern Kleinarbeit im Kampf um die Höhe des Lages. In einer solchen Zeit ist es die Hauptaufgabe der Partei, einen festen Führerkader herauszubilden, der gegen Schwankungen gesichert ist. B. polemisiert gegen den Gen. Rosenberg und zitiert aus dem Reichstagsprotokoll, um zu beweisen, daß Gen. Rosenberg im Reichstag wiederholt kleinbürgerliche Auffassungen geäußert hat.

Korab (Zugend): Ich wende mich dagegen, daß die Jugendzentrale als „brandleristisch“ hingestellt wird. Genosse Schölem hat von seiner Resolution behauptet, sie sei opportunistisch. Dabei hält sich diese Resolution vollkommen im Rahmen der von der Exekutive geforderten Politik. In keinen ersten politischen Fragen hat es einen Konflikt mit der Partei oder mit der Exekutive gegeben.

Funt (Ruhgebiet): Daß die Ultralinken nicht abzusondern sind von den rechten Gefahren, weiß auch Genosse Bucharin nach. Genosse Schwan spricht von den rechten Gefahren und Rosenberg unterstützt Gen. Schwan. Meyer spricht gegen die Ultralinken und das C. Z. unterstützt ihn. Es stimmt, daß die Arbeiter auf uns sehen, wie ein Leipziger Genosse hier ausführte. Aber dann begreife ich die zünftige Art und Weise des Genossen Schölem nicht. Schölem sagt, Sinowjew sei gut, aber die Exekutive sei trocknisch.

Die Schlussworte der Referenten folgen in der nächsten Nummer.

Nur Zeit von drei Titeln glauben die „Linken“ Kommunisten der KPD, die Lenin nicht verstanden, der mit dem monarchistischen Deutschland Frieden schloß. Die Genossen, die mit Lenin gingen, haben Recht bekommen. In ähnlicher Weise sehen wir, daß unsere ultralinken Genossen die Situation gar nicht begreifen.

Schölem schloß seine Rede mit den Worten: „Recht oder Unrecht, die Partei ist mein Vaterland.“ Genau mit denselben Worten schloß Trotski seine Verteidigungsrede auf dem 13. Parteitag der KPD.

Die Resolution des ZK zeigt die Analyse der weltweiten Situation und zeichnet die Arbeit der Partei nach. Die Arbeiter in den Betrieben werden sie verstehen. Genosse Schölem und die Selten fürchten sich aber vor der kommenden Entwicklung. Die Arbeiter in den Betrieben werden verbunden mit der Komintern im Antirevolutionärsamt zu markieren. Wir Genossen, die eine Wäuterperspektive in der Politik haben, gehen dazu über, der Komintern zu folgen. Schölem sucht aber eine Plattform zu schaffen mit den Ultralinken in Italien usw. Es kommt darauf an, daß wir alles schieben, was uns von den Massen trennt. Also: Für die Entwicklung der Partei, für die Komintern, für das ZK, im Sinne des Bolschewismus — das ist es, sich zu entscheiden! Und wenn ihr entscheidet, habt — dann Schluß mit dem Fraktionsgeist und vorwärts! In die Arbeit! Vorbereitet zur deutschen Revolution! (Starker Beifall und Bravo-Rufe.)

Abstimmung.

In namentlicher Abstimmung wird die Resolution des ZK zur innerpolitischen Lage mit 227 gegen 30 Stimmen angenommen.

Referat über die politische Lage und die Aufgaben der Partei

1. Verhandlungslage

Genosse Dengel eröffnet den zweiten Verhandlungslage der Partei. Er erteilt dem Genossen Dengel das Wort zum Referat über die politische Lage und die Aufgaben der Partei.

Genosse Dengel erklärt, daß die allgemeine Weltlage charakterisiert wird durch die Tätigkeit von drei Hauptzentren: Washington, London und Moskau. Im gegenwärtigen Moment hat in der kapitalistischen Welt Washington das Übergewicht.

Die Aktionsfähigkeit der Imperialisten in Washington geht darauf hinaus, die Welt finanziell zu unterwerfen und in zweiter Linie darauf, für den gewaltig angewachsenen Produktionsapparat des amerikanischen Kapitalismus, der für die Verdrängung der Bedürfnisse in Amerika selbst zu groß geworden ist, sich Absatz zu schaffen auf den Weltmärkten.

Die Aktionskraft des englischen Imperialismus ist eine mehr konservative. Der englische Imperialismus macht eine schwere Krise durch. Nicht nur besteht eine schwere Krise des englischen Kapitalismus, der englischen Industrie, sondern es besteht eine Krise des englischen Imperialismus überhaupt.

2. Förderung des englischen Imperialismus

geht zweifellos vor sich und gleichzeitig in einigen der englischen Dominions eine Steigerung des Einflusses der Vereinigten Staaten von Amerika.

Das dritte Aktionszentrum ist Rußland. Es behnt seinen Einfluß und seine Kraft in raschem Tempo aus. Wir sehen in Rußland eine Konsolidierung der Wirtschaft. Wir sehen vor allen Dingen eine Konsolidierung der sozialistischen Wirtschaft, ein relativ stärkeres Wachstum der sozialistischen Wirtschaft.

Genosse Dengel gibt hierauf in seinen weiteren Ausführungen eine Analyse der Lage in den einzelnen kapitalistischen Ländern, unter besonderer Berücksichtigung der Klassenverhältnisse. Er weist auf die schwere Krise des englischen Kapitalismus hin und die damit zusammenhängende große Arbeitslosigkeit. Die Krise des englischen Kapitalismus bedeutet den Beginn des Zerfalls des englischen Imperiums. Die englischen Dominions beginnen im starken Maße sich vom Mutterland loszulösen. In Verbindung mit dieser dauernden Krise des englischen Kapitalismus, mit der Unmöglichkeit, aus gewaltigen Revenuen, die vor dem Kriege dem englischen Kapitalismus zugeflossen sind, einen großen Teil der englischen Arbeiterkraft zu beschaffen, mit der Lähmung der Produktion des englischen Imperiums und damit einer gewissen Zersetzung der englischen Bourgeoisie, sehen wir auf der anderen Seite

eine sehr rasche revolutionäre Entwicklung innerhalb des englischen Proletariats.

Ein Ausdruck dieser revolutionären Entwicklung war der Gewerkschaftskongress in Scarborough. Ich glaube Genossen, daß es notwendig ist, auf diese Entwicklung in England mit der größten Aufmerksamkeit acht zu geben, daß es notwendig ist, daß wir diese Entwicklung beobachten und ausnutzen für die Entwicklung eines linken Flügels innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung.

Nach einem Ueberblick über die Lage in Frankreich, Italien und den übrigen europäischen Ländern gibt Genosse Dengel eine Uebersicht über die wirtschaftliche Entwicklung in Sowjetrußland, die ein amerikanisches Tempo eingeschlagen habe. Redner gibt zur Belegung dieser Tatsache wichtiges, neues Zahlenmaterial bekannt. Das Wirtschaftsbudget, das in Rußland für das Jahr 1924 aufgestellt wurde, ist durch die rasche wirtschaftliche Entwicklung mehr als überholt worden. Für das kommende Jahr hat die Subkommission eine Produktionssteigerung vorgeesehen, die 20 Prozent der Vorkriegsproduktion ausmacht. Die letzte Ernte war eine außergewöhnlich gute Ernte, sie beträgt rund 4 Milliarden Pud.

Neben den vielfachen Widersprüchen innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft bestehen außerordentlich starke imperialistische Gegensätze. Diese imperialistischen Gegensätze sind nach aus der Welt geschafft. Alle Verhandlungen des Völkervertrages, Londoner Vertrag, Locarno, sind wirklich nicht geeignet, diese Gegensätze aus der Welt zu schaffen. Sie sind nur

Versuche, diese Gegensätze jetzt nicht zum Austrag kommen zu lassen.

Sondern solche Verhältnisse zu schaffen, daß ein imperialistischer Staat gegenüber dem anderen das absolute imperialistische Übergewicht besitzt, um ihn dann anzupacken. Und endlich besteht der fundamentale Gegensatz zwischen der kapitalistischen Welt und Sowjetrußland. Wir alle wissen, daß der Haß der gesamten kapitalistischen Welt Sowjetrußland verfolgt. Wir alle wissen, daß man siehnen die kapitalistischen Staaten der Welt einzig sein möchten in der Kapitalverwertung Sowjetrußlands, wenn nicht die imperialistischen Gegensätze vorhanden wären, die das verhindern.

Genosse Dengel weist in seinen weiteren Ausführungen auf die Kämpfe hin, die um Locarno stattgefunden haben, und betont, daß sich Deutschland mit dem Vertrag von Locarno in politische Abhängigkeit von England und Amerika gebracht hat.

Was ist die Ursache, weshalb Deutschland bedingungslos den Westpakt angenommen hat?

Die Ursachen dafür sind zu suchen in den wirtschaftlichen Schwierigkeiten des deutschen Kapitals, in der Krise der Schwerindustrie und der verarbeitenden Industrie. Die Hauptursache für die Annahme des Locarno-Paktes ist jedoch die Kreditkrise der deutschen kapitalistischen Wirtschaft. Deutschland weist in der Zahlungsbilanz ein Defizit von rund 4 Milliarden Mark auf. Um diese passiven Zahlungsbilanz auszugleichen müssen ausländische Anleihen aufgenommen werden. Seltener es nicht, diese Anleihen aufzunehmen, so wird notwendigfalls eine neue Inflation in Deutschland eintreten.

Schlussworte zur innerparteilichen Lage

Schlusswort des Genossen Schölem:

Genossen und Genossinnen! Einige Worte zu der Kamodie, die gespielt wird, um mich aus dem Zentralkomitee herauszuwickeln. Dazu die hier gewählte Kommission dienen soll, ist ja ziemlich klar, wenn auch gesagt wird, daß man mir nur Gelegenheiten geben will, mich von den hier ausgesprochenen Behauptungen reinzuwaschen. Doch es bedarf nicht solcher Kamodie, um mich aus dem Zentralkomitee zu entfernen. Ich bin bereit, meine Demission bei der Exekutive einzureichen, und bin auch bereit diesen Schritt vor der Exekutive zu erklären. Ich wehre mich aber dagegen, hier vor der Parteioffentlichkeit insamant zu werden. Nachdem der Gen. Meyer und ich bei Beginn der Parteidebatte einen persönlichen Brief von dem Gen. Sinowjew erhalten haben, der dem Zentralkomitee den Rat gibt, den Kampf gegen die ultralinken Eindringlinge nur politisch zu führen, frage ich die Genossen vom ZK, ob dieser organisatorische Maßregelungsversuch diesem Rat des Vorsitzenden der Komintern entspricht. Für die Erledigung des Fraktionsverhältnisses ist es jedenfalls nicht gerade nützlich.

Wie recht ich mit meiner Stellungnahme zu dem Ausschluß Schulants habe, beweist mir die ganze gegenwärtige Parteiliquidation. Ich begriffe rechtzeitig genug, daß der Ausschluß Schulants nur die wirklichen rechten Gefahren verschleiern sollte. Es ist eine gefährliche Theorie, wenn man sagt, man muß schlechte Elemente ausschließen, um gute sozialdemokratische Arbeiter zu gewinnen. Anschließt ihr wirklich, daß unter uns alles schlechte Elemente sind? Unter meinen Freunden sind ebenfalls alle erfahrenen Arbeiter aus den Betrieben, die jahrzehntelange ihren Namen in der Arbeiterbewegung gestellt haben. Sind die vielleicht schlechter als ihr?

Wenn der Gen. Ernst Meyer uns engen Fraktionsgeist vorgebracht hat, so frage ich: Wie kommen die Draden dazu, sich über Anträge zu befassen. Der Gen. Meyer sagte politisch wenig, doch er sprach über das Gothaer Programm, und das war sehr unvorsichtig. Das Gothaer Programm war ein Versuch zur Gewinnung der Massen in der Zeit der Auswirkungen des Dones-Paktes. Doch die Genossen Ernst Meyer und seine Freunde machten ein Gegenprogramm und störten damit eine wichtige Aktion der Partei.

Ich möchte noch einige Bemerkungen des Gen. Schwan zurückweisen. Wenn Gen. Schwan im Ruhrgebiet als linker auftritt, so hat er damit die Genossen nicht über den Stand der Parteibildung informiert und auch keine Klarheit über die Fragen des Offenen Brises geschaffen. Der Gen. Braun, auf dessen Ausführungen man eigentlich gar nicht eingehen brauchte, rief Opportunismus bei uns. Es wäre besser, er würde anderen Opportunisten lehren treiben.

Wir werden auch vor der erweiterten Exekutive unsere Anschauungen darlegen und wir hoffen, die Exekutive davon zu überzeugen, daß wir ein Teil der Komintern sind und daß wir das Recht haben, unsere eigene Ansicht zur Taktik der Partei in Deutschland auszusprechen. Wir fanden schon einmal in Opposition zur Partei und ich hoffe, wir werden auch in Zukunft durch unsere praktische Arbeit beweisen können, daß wir Meyer der Partei sind.

Schlusswort des Genossen Thälmann:

Genosse Ernst Meyer hat versucht, meine Fragen zu beantworten, teils beirühmend, teils ausweichend. Wenn Genosse Meyer erklärt, daß es keine Brandler-Fraktion mehr in der deutschen Partei gibt, so sage ich, daß es auch heute noch, z. B. in Chemnitz, Genossen gibt, die sich mit dem Genossen Brandler durchaus solidarisieren. Es wäre gut, wenn Genosse Meyer sich in Zukunft offen von der Politik des Genossen Brandler trennt. Brandlers Kette, beschränken sich nicht nur auf den Oktober 1923, sie sind auch grundsätzlich politischer Natur. Ich sage auch noch, daß der Genosse Meyer die innerparteiliche Einstellung des Genossen Brandler auch nach dem Oktober 1923 weitergeführt hat. Die rechten Gefahren bestehen noch fort. Wenn auch nicht die ganze Partei umzufallen droht, wie der Genosse Schölem behauptet. Diese Gefahren können sich mit dem Wachsen der Partei vergrößern. Wenn Genosse Meyer erklärt, daß er bereit ist, das ZK zu unterstützen, so antworte ich, daß das ZK bereit ist, auf der Basis der praktischen Arbeit auch mit Genossen Meyer zusammenzugehen.

Eine sehr ernste Frage, die Genosse Schölem hier aufgeworfen hat, ist die Frage unserer Stellung zum Budget. Die Frage zum bürgerlichen Staat hat der Genosse Lenin und die Komintern klar genug festgelegt. Und unsere Stellung zum Budget in bestimmten Situationen berührt unsere Stellung zum bürgerlichen Staat nicht in dem Maße, wie es hier der Genosse Schölem darlegt.

Gen. Schölem hat mit seinen Ausführungen vollkommen in Widerspruch getreten. Er erklärte, daß in einer Gemeinde, wo die Kommunisten die Mehrheit haben, man dem Budget zustimmen kann. (Zuruf: Schölem.) Schölem rebelliert sich jetzt. Aber selbst, wenn die Kommunisten die Mehrheit haben — heißt denn das nicht, vom Prinzip abgehen und anderen Standpunkt annehmen? Es gibt Situationen, wie z. B. in Rußland von Oktober 1917 bis Februar 1918, wo die Bolschewiki sogar mit den Sozialrevolutionären in der Regierung saßen.

Zur Preußenfrage: Gen. Schölem erklärt, wir erwidern die Preußenfrage. Nun frage ich: hat die kommunistische Partei, als sie inbriete die Deutschnationalen führte, nicht Nationalen in der Arbeiterbewegung genährt? Braune Regierung als solche führen, ohne daß wir Gewinn davon hätten, bedeutet eine Verfallsung der taktischen Linie.

In der französischen Frage sehen wir zwei verschiedene Garnituren: die linken Sozialdemokraten und die rechte Garnitur. Soll die KPD, habefischen und nicht versuchen, die SPD in Schwierigkeiten zu bringen? Wir haben die Parole herausgegeben, daß der Landtag aufgelöst werde. Vogt sagt, daß wir ein „Programm“ dabei aufstellen. Was bedeutet das? Wird der Landtag aufgelöst, so werden wir Forderungen aufstellen und im Wahlkampf unser politisches Programm gewiss nicht veräußern. Aber weiß einer von uns, welche Regierung kommt, welches Kräfteverhältnis sich ergibt? Deshalb müssen auch die Genossen in Sachsen einsehen, daß die Formulierung der Ultralinken eine Gefahr ist.

Schölem formuliert so: man sagt — wer für Thälmann ist, ist für die Komintern, wer mit Schölem geht, ist gegen die Komintern. Die Frage steht aber jetzt schon so: für oder gegen die Resolution des ZK.